

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI
ARCHIVNÍ A ST. DÍLNÍ ÚŘAD

Došlo

Čj.

Průběh

109-4/229

70 listů

69 listů list č. 18, 67, 69
přední

ST S

IV. B - 32 / 42g.

Spis prohlížel ve věci R. Berana Dr. BENEŠ a rozhodl v dodatku.
Přípejeno 34 fotokeptí. Viz spis Zh-3082/1111-12.4.1946.

[Handwritten signature]

Geheim!

An
//Obergruppenführer
Staatsminister K.H.F r a n k
P r a g

2.) Nachrichtlich:

An den
Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
//Standartenführer W e i n m a n n
P r a g

Betr.: Rudolf B e r a n .

Vorg.: Ohne.

Ein tschechischer Gewährsmann berichtet von einem Gespräch mit Beran, das er am 27.9.1944 am Bahnhof in Strakonitz gehabt hat. Beran sei körperlich frisch und geistig rege. In Pratzewitz gefalle es ihm. Er stehe spät auf, erledige dann die Korrespondenz und wenn es schön sei, gehe er in den Wald. Im übrigen verrichte er häusliche Arbeiten. Nach Strakonitz komme er überhaupt nicht. Sein einziger Ausflug sei von Pratzewitz mit dem Zug bis zum Bahnhof Strakonitz und wieder zurück. Beran habe über politische Sachen überhaupt nicht sprechen wollen. Er drückte sich in dem Sinne aus, dass man alle Ereignisse nüchtern beurteilen und alles vermeiden müsse, was das Volk ins Unglück bringen könnte. Zu dieser Erkenntnis sei er durch seinen Aufenthalt im Gefängnis gekommen. Er frug dann, was der Staatsminister und der Staatspräsident machten. Es sei ihm ein Besuch beim Staatspräsidenten erlaubt worden, jedoch die Leute aus der Umgebung des Staatspräsidenten hätten diesen Besuch verhindert.

Vor seiner Abreise auf's Land habe Dozent Dr. Kliment mit Beran noch am Moldaubahnhof sprechen wollen. Er habe ihm dabei sehr herzlich die Hand gedrückt. Als ihn Beran nach dem Staatspräsidenten fragte, habe sich Kliment geäußert, der Staatspräsident sei schon damals gewählt worden, er gewählt wurde, um 10 Jahre älter gewesen, heute sei er wie 85-jähriger Greis.

St. d. W.-B - 32/44

2a

Beran zeigte noch Interesse für die Entwicklung der Sozialen Hilfe und frug, in welcher Weise die Landwirte ihre Beiträge leisten. Er verurteilte dabei jene Bauern, die in der heutigen Zeit Schwarzhandel treiben.

Auffallend war, dass sich Beran während des ganzen Gespräches bemühte, nicht mit dem hiesigen Gewährsmann allein zu sein.

Loab

H-Obersturmbannführer



01273

Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS
SD-Leitabschnitt Prag

L PA 49

Prag-Bubentsch, den 1.10.1942. B
Sachsenweg
Fernsprecher 774-44

An
44-Obersturmbannführer Dr. G i e s,

P r a g
Czernin-Palais.



Betr.: B e r a n, Rudolf, ehem. Ministerpräsident der tschechosl. Republik und der Protektoratsregierung, geb. 28.12.1887 in Pratzowitz Bez. Strakonitz, Protektoratsangehöriger, wohnhaft Milonowitz bei Strakonitz, z.Zt. in Haft.

Vorg.: Dortige Verfügung vom 27.9.1942.

Anlg.: 2.

Anliegend werden die dortigen Vorgänge nach Kenntnisnahme und Auswertung zurückgereicht.

Koroch
44-Sturmbannführer

St. S. IV B-32 m/42

Gruppe Justiz
I/9 E 252/42g

28 SEP 1942
SD 7822/42g

Prag, den 2. September 1942
Ein. -3. SEP.1942

Handwritten signature
Official stamp: *Handwritten text*
Handwritten text

Urschriftlich

mit 1 Urteilsabschrift
Herrn Staatssekretär

mit der Bitte um Kenntnissnahme gehorsamst vorgelegt.
Insbesondere darf ich auf S. 18 ff. der Urteilsgründe
verweisen.

PR49

E. mit 1 Anlage

50
Prag
am 29. IX. 1942
4262
1
WB

IV B - 32 m/42

Handwritten signature

Abschrift.
8a J 246/40 g
1 H 113/42

Im Namen des Deutschen Volkes

20.8. 1945. Hof.
F. 9
Kris. Bd. Krieger

In der Strafsache gegen
den Gutsbesitzer und ehemaligen Ministerpräsidenten der tschecho-
slowakischen Republik und der Protektoratsregierung Rudolf B e -
r a n aus Milonowitz bei Strakonitz, geboren am 28. Dezember 1887
in Pratzowitz, Bezirk Strakonitz, Protektoratsangehörigen,
zurzeit in dieser Sache in gerichtlicher Untersuchungs-
haft,

wegen Vorbereitung zum Hochverrat u. a.
hat der Volksgerichtshof, 1. Senat, auf Grund der Hauptverhandlung
vom 24. und 25. Juni 1942, an welcher teilgenommen haben

als Richter:

Präsident des Volksgerichtshofs Dr. Thierack, Vorsitzender,
Oberlandesgerichtsrat Dr. Illner,
H-Gruppenführer und Generalmajor der Waffen-H Petri,
H-Standartenführer Singer,

Kreisleiter Reinecke,

als Vertreter des Oberreichsanwalts:

Staatsanwalt Harzmann,

als Urkunds. Leiter der Geschäftsstelle:

Justizsekretär Wühlke,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte B e r a n wird wegen Beihilfe zum
Hochverrat und zur Feindbegünstigung zu zehn Jahren Zuchthaus und zu
einer Geldstrafe von 100.000 (=einhunderttausend-) RM, für die im Falle
der Nichteintreibung eine Ersatzstrafe von einem Jahre Zuchthaus zu
treten hat, verurteilt.

Auf die erkannte Strafe werden ihm 13 Monate der
erlittenen Untersuchungshaft angerechnet.

An de Dauerhaft von zehn Jahren aberkannt.
Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf die

Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu

zu Hän.

Von

Rechts

wegen.

Unter Be

Grün

5a

Gründe.

I.

Zur Person des Angeklagten.

Der Angeklagte ist der Sohn des tschechischen Landwirts Wenzel Beran und seiner Ehefrau Barbara geb. Krajský. Der väterliche Grundbesitz umfaßte etwa 6 Hektar. Nach dem Besuch der Volks- und Bürgerschule hat der Angeklagte die landwirtschaftliche Fachschule in Strakonitz durchgemacht. Hierauf schlug er die politische Laufbahn ein. Er wurde im Jahre 1905 Mitglied der "Republikanischen Partei der Landwirte und Kleinbauern" (Agrarpartei). In dieser Partei war er zunächst Kreissekretär, später Generalsekretär und vom Jahre 1933 an Vorsitzender. Als solcher bezog er ein Gehalt von monatlich 6000 Kronen zuzüglich Remunerationen. Nach der Ende des Jahres 1938 erfolgten Auflösung und Eingliederung der Agrarpartei in die Národní jednotu (Nationale Einheitspartei) wurde der Angeklagte Vorsitzender dieser Partei. Der Angeklagte war auch Vorsitzender der Genossenschaftsdruckerei "Novina", welche der Agrarpartei angeschlossen war. Als Vorsitzender dieser Druckerei hatte er monatlich 1500 Kronen Gehalt. Außerdem besaß er 25 Genossenschaftsanteile. Der Angeklagte hatte auch folgende unbezahlte Ehrenämter inne. Seit 1930 war er Vorsitzender des Meliorationsverbandes der tschechischen Landwirtschaft in Böhmen, Vorsitzender des Landesjugendfürsorgeverbandes und der Kontrollfinanzkommission.

Seit dem Jahre 1918 war der Angeklagte Abgeordneter der Agrarpartei im tschecho-slowakischen Parlament und in der Zeit vom 1. Dezember 1938 bis 1. Mai 1939 tschechischer Ministerpräsident.

Der Angeklagte ist mit Marie Pilář verheiratet und hat zwei Kinder im Alter von 24 und 22 Jahren. Seine Ehefrau stammt aus einem großen landwirtschaftlichen Besitz und hat zwei Millionen Kronen in die Ehe eingebracht. Der Angeklagte besitzt in Milonowitz bei Strakonitz ein Wald- und Feldgut im Ausmaße von etwa 240 Hektar und im Werte von etwa 2 1/2 Millionen Kronen, ferner ein halbes Braurecht der bürgerlichen Brauerei in Pilsen im Werte von etwa 1 1/2 Millionen Kronen. Außerdem besitzt er verschiedene Aktien im Werte von etwa 400 000 Kronen sowie etwa 800 000 Kronen Barvermögen, das bei verschiedenen Bankanstalten angelegt ist.

Der Angeklagte hat im Jahre 1909 als Ersatzreservist acht Wochen

bei

01270



6

bei einem österreichischen Landwehr-Infanterie-Regiment gedient. Sonst hat er keinen militärischen Dienst geleistet. Der Angeklagte ist Volks-tscheche und Angehöriger des Protektorats. Der deutschen Sprache ist er nicht mächtig.

II.

Die tschechische Widerstandsbewegung (Obrana národa).

Ebenso wie vor dem Weltkriege und in dessen Verlauf sich im Auslande und in der Donau-Monarchie öffentliche und geheime Organisationen bildeten mit dem Ziele, für das tschechische Volk die staatliche Selbständigkeit zu erringen, machten sich auch alsbald nach der Errichtung des Protektorats sowohl in dessen Gebiet selbst wie im Auslande unter der Leitung des ehemaligen Staatspräsidenten Beneš Bestrebungen bemerkbar, die sich das Ziel gesetzt hatten, die staatliche Selbständigkeit der Tschechen wiederzugewinnen.

Im Protektorat bildete sich die Obrana národa (ON.), die, in eine militärische und eine zivile Gruppe zerfallend, alle diejenigen Tschechen aus den Kreisen des ehemaligen Heeres, der Intelligenz und des Bürgertums ohne Rücksicht auf ihre frühere parteipolitische Einstellung zu sammeln suchte, die mit den durch die Errichtung des Protektorats geschaffenen Verhältnissen unzufrieden waren und die - notfalls gewaltsame - Wiedererrichtung eines selbständigen tschechischen Staates erstrebten. Aufgabe der im Protektoratsgebiet geheim arbeitenden ON. war aber nicht nur die organisatorische Erfassung unzufriedener und umstürzlerisch gesonnener Bevölkerungskreise, sondern vor allem die Vorbereitung des Umsturzes selbst in jeder nur möglichen Hinsicht. Dazu gehörte neben der Aufstellung militärischer Einheiten die Vorbereitung ihrer Bewaffnung, die Beschaffung von Geldmitteln zu Umsturzwecken, die Planung und etwaige Durchführung von Sabotageakten gegen wehrwirtschaftlich wichtige Einrichtungen im Protektorat, die Einflußnahme auf die breite Masse des tschechischen Volkes durch Herstellung und Verbreitung deutschfeindlicher Schriften sowie die Aufrechterhaltung einer laufenden engen Verbindung mit der im Auslande arbeitenden tschechischen Selbständigkeitsbewegung. Eine ihrer weiteren Aufgaben sah die ON. darin, denjenigen Tschechen, die wegen ihrer umstürzlerischen deutschfeindlichen Arbeit mit ihrer Festnahme durch die deutschen Behörden rechnen mußten oder die in das Ausland zu gehen wünschten, teils um dort

im

6a

im Rahmen der tschechischen Auslandsbewegung gegen das Reich zu arbeiten, teils um in die für den offenen Kampf gegen Deutschland aufgestellte tschechische Auslandstruppe (sog. tschechische Legion) einzutreten, die heimliche Ausreise aus dem Protektorat auf diese oder jene Weise zu ermöglichen.

Innerhalb der ON., wenn auch soweit feststellbar, zum Teil ohne engere Bindung an deren leitende Stellen, bestanden teils kleinere, teils größere Gruppen umstürzlerisch gesonnener Tschechen, die es sich ihrerseits zur Aufgabe gemacht hatten, in Anlehnung an die Tätigkeit der ON. und zu deren Förderung insgeheim deutschfeindlich und für die Wiedererstehung einer selbständigen Tschecho-Slowakei zu arbeiten. Einer solchen Gruppe gehörte der durch Urteil des Volksgerichtshofs vom 24. April 1942 - 1 H 199/41 - wegen Feindbegünstigung, Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Landesverrats zum Tode verurteilte Schriftleiter Josef Jošt an. Die in dem Urteil gegen Jošt getroffenen Feststellungen gehen, soweit sie für das vorliegende Verfahren von Belang sind, dahin, daß er innerpolitische, wirtschaftliche und kulturelle Nachrichten aus dem Protektorat, welche von dem deutschen Nachrichtenbüro für die Veröffentlichung im Protektorat nicht freigegeben worden waren, gesammelt und an den inzwischen verstorbenen ehemaligen Oberstleutnant Třebický sowie dessen Mitarbeiter, den zur Zeit flüchtigen ehemaligen Oberstleutnant Hieke, und an andere Personen, die Verbindung zum Ausland unterhielten, weitergeleitet hat.

Neben dieser nachrichtendienstlichen Tätigkeit hat Jošt in Zusammenarbeit mit dem zur Zeit flüchtigen Lehrer František Bednář aus Chlitz sowie mit anderen Personen zahlreichen Tschechen die illegale Ausreise ins Ausland ermöglicht. Diese Personen wollten sich entweder ihrer befürchteten Festnahme durch die Geheime Staatspolizei entziehen oder im Ausland in die tschechische Legion eintreten.

Die Geldmittel für seine illegale Tätigkeit hat sich Jošt von dem damaligen Prager Oberbürgermeister Klapka beschafft, welcher durch Urteil des erkennenden Senats vom 2. Oktober 1941 - 1 H 150/41 - wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Feindbegünstigung zum Tode verurteilt worden ist. Klapka hat u. a. namentlich im Zusammenwirken mit dem inzwischen verstorbenen ehemaligen Finanzreferenten der Stadt Prag, Anton Kinkal, nach der Errichtung des Protektorats im Laufe des Jahres 1939 aus Gemeindemitteln einen Betrag von 2 Millionen Kronen zur geheimen illegalen Verwendung abgezweigt und auf ein besonderes Sparkassen-

01269



kon-

74

konto, das nicht der Kontrolle der öffentlichen Organe unterlag, eingezahlt. Von diesem Gelde wurde teils durch Klapka selbst, teils mit seinem Einverständnis durch Kinkal eine Summe von insgesamt mindestens 450 000 Kronen an Personen weitergeleitet, die in der ON. in dieser oder jener Art führend tätig waren. Der Hauptzweck der Geldzahlungen bestand darin, die Angehörigen von flüchtigen oder aus politischen Gründen festgenommenen Tschechen zu unterstützen, sowie solchen Protektoratsangehörigen, die in die tschechische Legion einzutreten beabsichtigten, die heimliche Ausreise aus dem Protektorat zu ermöglichen. Zu dem letzteren Zwecke wurden vor allem an Jošt erhebliche Beträge gezahlt.

Jošt hat ferner mit dem inzwischen durch Urteil des erkennenden Senats vom 13. Februar 1942 - 1 H 207/41 - wegen Landesverrats, Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung und versuchten Volksverrats durch Lügenhetze zum Tode verurteilten tschechischen Advokaten Emil Schneeberger zusammengearbeitet. Schneeberger kam durch seine Beziehungen zu Jošt mit dem durch Urteil des Volksgerichtshofs vom 24. April 1942 - 1 H 199/41 - wegen Feindbegünstigung, Vorbereitung zum Hochverrat und Landesverrats zum Tode verurteilten Beamten der Landesbehörde in Prag Karl Kraus, dem flüchtigen Ingenieur Goller aus Prag und dem flüchtigen Lehrer Franzíšek Bednár, die sich sämtlich in der von Jošt geführten Gruppe betätigten, zusammen. Nachdem Schneeberger Ende März 1940 den Jošt, der sich in Prag nicht mehr sicher fühlte, in dem Jagdhaus seines Bruders in Luh untergebracht hatte, stand er laufend mit Jošt in Verbindung, leitete ihm Nachrichten und Berichte anderer illegal tätiger Personen zu, sammelte die ihm von Jošt, Kraus, Goller und Bednár zugehenden Berichte und leitete sie teils in ihrer ursprünglichen Fassung, teils nach Bearbeitung ebenso wie die von ihm selbst entworfenen Berichte hauptsächlich dem inzwischen verstorbenen Advokaten Ebert in Prag zur Weiterleitung an die Westmächte zu. Teilweise bediente er sich bei der Weiterleitung der Mithilfe der Büroangestellten Anna Volman, welche durch Urteil des erkennenden Senats vom 13. Februar 1942 - 1 H 207/41 - wegen Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat und zur Feindbegünstigung zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Durch Vermittlung der Volman unterhielt Schneeberger ferner Beziehungen zu dem im Auslande illegal tätigen tschechischen Schriftleiter Georg Bertl, der etwa im Juli 1939 aus dem Protektorat nach Polen geflohen war und sich später nach Bukarest begeben hatte, wo er mit dem Schriftleiter Dr. Kahánek gegen das Reich arbeitete. Dr. Kahánek - ein Jude - war früher

redakteur der von der tschechischen Agrarpartei herausgegebenen Tageszeitung "Venkov". Er war auch im Juni 1939 aus dem Protektorat nach Polen geflohen und hielt sich gemeinsam mit Bertl zunächst in Warschau und später in Bukarest, wo er verstorben ist, auf.

Dies alles ist gerichtsbekannt.

III.

Der Sachverhalt.

Im September 1939 ließ sich Jošt durch den ehemaligen Sekretär der Agrarpartei, den inzwischen abgeurteilten Martin Hrabík (I H 207/41), beim Angeklagten einführen und bat zunächst, ihm eine Anstellung als Schriftleiter der Zeitung "Venkov" zu vermitteln. In der Folgezeit sahnte Jošt den Angeklagten bis Anfang 1940 wiederholt insgesamt fünf- bis sechsmal auf. Bei einem dieser Besuche unterrichtete Jošt den Angeklagten davon, daß er dem Schriftleiter Georg Bertl bei seiner Flucht ins Ausland behilflich gewesen sei. Außerdem berichtete Jošt dem Angeklagten darüber, daß er sich mit der Beschaffung von Nachrichten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Inhalts befasse, die ins Ausland weitergeleitet würden. In diesem Zusammenhange erzählte Jošt auch von seiner Verbindung zu Trěbický und Hieke. Ferner wurde dem Angeklagten von Jošt überbracht, daß man es in tschechischen Kreisen als wünschenswert bezeichnet habe, daß der Angeklagte auch ins Ausland gehe um in der Vorbereitungszeit für die Rückgewinnung der staatlichen Selbständigkeit des tschechischen Volkes im Ausland ein Gegengewicht gegen Beneš zu schaffen. Der Angeklagte lehnte eine Flucht ins Ausland ab, da er sich als Landwirt zu sehr an die Scholle gebunden fühlte. Als Jošt um jene Zeit den Angeklagten um Geld für Hieke bat, lehnte der Angeklagte eine Geldspende zunächst ab. Der Angeklagte beauftragte jedoch hierauf seinen Sekretär Drahošoupil, dem Jošt bei seinem nächsten Besuche den Betrag von 10000 Kronen auszuhändigen. Als Jošt einige Tage danach den Angeklagten wiederum aufsuchen wollte, wurde er in dessen Vorzimmer an den Sekretär Drahošoupil verwiesen, der ihm 10 000 Kronen auszahlte. Jošt leitete dieses Geld an Hieke weiter und bedankte sich nachträglich beim Angeklagten dafür. Gleichzeitig teilte er diesem mit, daß dieses Geld für die illegale Flucht des Oberstleutnant Hieke ins Ausland verwendet wurde. Bei seinen weiteren Besuchen überbrachte Jošt

dem

01268



dem Angeklagten auch mehrere - insgesamt etwa fünf - Briefe - , die von den zunächst in Warschau und später in Bukarest tätigen Schriftleitern Bertl und Kahánek stammten. Diese Briefe, die Jošt von der Volman erhalten hatte, enthielten politische Stimmungsberichte über die Lage der Tschechen im Ausland und über die Einstellung der Westmächte zur Tschechenfrage. Sie waren "zu Händen des Herrn Vorsitzenden", wie der Angeklagte als Vorsitzender der Agrarpartei bezeichnet wurde, gerichtet.

Nachdem Jošt Ende März 1940, um einer Verhaftung zu entgehen, Prag verlassen hatte und sich in einem Jagdhaus in Luch aufhielt, beauftragte er den Schneeberger, die Verbindung zu dem Angeklagten aufrechtzuerhalten. Darauf richtete Schneeberger am 8. Mai 1940 einen Brief an den Angeklagten, welchen er mit dem Decknamen "Dr. Svojsik" unterzeichnete und in dem er um Herstellung einer persönlichen Verbindung bat. Dieser Brief lautete:

"Bitte vernichten oder sicher aufbewahren."

Prag, den 8. Mai 1940

Sehr geehrter Herr Abgeordneter !

Ich bin der Ansicht, daß es erforderlich ist, unverzüglich eine persönliche Verbindung herzustellen, denn die bisherige Vermittlung über Neb. oder evtl. über Klap. ist langwierig und beeinträchtigt die Raschheit unseres Handelns. Die Überbringerin gibt Ihnen Referenzen über mich. Ich stehe dem Leiter der Gruppe nahe, welche die Transporte in Verbindung mit der Militärgruppe durchführte und weiters den Nachrichtendienst für unsere draußen besorgt. Ich kenne die hiesigen Gruppen im einzelnen, von denen die militärische in letzter Zeit verborgen ist, und genau so behindert arbeitet, wie unsere Gruppe. In der Anlage übersende ich zur Durchsicht und Ihrer Information einerseits einen Auszug aus der Zeitschrift "Boj" andererseits zwei Briefe aus Paris und schließlich eine Anzahl unserer Nachrichten zu Ihrer Information, die alle bereits nach Belgien und weiter abgegangen sind. Aus diesen geht hervor, wie ungünstig der Westen und auch die hiesige sozialistische Gruppe gerade auf Sie schaut. Aus einigen der beigelegten Nachrichten erkennen Sie unseren Standpunkt. Wir sind zwar keine Agrarier, nichts destoweniger sehen wir es als Nationalisten auf Grund unserer tschechischen Einstellung und unserer politischen Überzeugung als unsere Pflicht an, Sie von den angeführten Tatsachen zu benachrichtigen.

Wei-

Weiter bin ich der Ansicht, daß die bisherige Spaltung der gemeinsamen Tätigkeit einerseits unökonomisch, andererseits gefährlich ist. Weiter benötigen wir häufig die Beglaubigung unserer Nachrichten, die offenbar oder vermeintlich entstellt sind. Ich führe als Beispiel unsere Nachricht über Ing. Noleč an, von dem ich weiß, daß er mit Ihnen zusammenarbeitet. Aus dem Inhalt weiterer Nachrichten erkennen Sie sicher, daß unsere Gruppe eine der aktivsten Abwehrorganisationen bildete und es wäre sicherlich im Interesse der Sache, wenn wir künftig direkt zusammenarbeiten würden. Ich führe noch an, daß wir auch zu den Kommunisten eine Verbindung haben. Teilen Sie bitte der Überbringerin mit, wo, wann und auf welche Art ich mit Ihnen die Verbindung aufnehmen kann. Möglichst persönlichen Verkehr, andernfalls wünsche ich wenigstens eine schriftliche Verbindung.

Ihr ergebener

Dr. Svojsk. "

Mit dem im Brief erwähnten Neb ist Nebeský, der Präsident des Národní souručenství, mit Klap. ist Klapka, der ehemalige Oberbürgermeister von Prag gemeint. Bei den im Schreiben Schneebergers erwähnten zwei Briefen aus Paris handelt es sich um die Information des General Viest und des Dr. Slavk sowie um den mit K.L. Voda unterzeichneten Brief aus Paris.

Die Information des General Viest und des Dr. Slavk befaßte sich mit den Verhältnissen der tschechischen Emigranten in Paris sowie mit den Plänen zur Wiedererrichtung eines unabhängigen tschechischen Staates und lautet auszugsweise:

Im Oktober d. Js. wurde in Anwesenheit des Dr. Beneš der tschechoslowakische nationale Ausschuß gebildet. Ursprünglich bestand nach Ausbruch des Krieges die Absicht, eine tschechoslowakische Regierung zu bilden. Da die Besprechung über die Rekonstruktion der čsl. Armee vom 2. Oktober im Namen der gegenwärtigen tschechischen Regierung von unserer Seite unterschrieben worden war, wurde durch namhafte französische militärische Kreise offen gezeigt, daß sie die Bildung einer tschechoslowakischen Regierung im Auslande wünschten. In der ersten Hälfte des Oktober trat eine Änderung in der französischen Regierung ein, mit der in dieser Zeit Msgr. Š r á m e k in Abwesenheit des Dr. Beneš verhandelte. Es wurde vorgeschlagen, daß vorübergehend keine Regierung, son-

dern

01267



dem ein nationaler Ausschuß gebildet werden sollte, der in Vertretung des tschechoslowakischen Volkes die Vollmacht einer Regierung besitzen würde. Gleichzeitig wurde auch der Beschluß gefaßt, eine Besprechung über die Rekonstruierung der čsl. Armee vorzunehmen.

Es ist notwendig, die Gründe zu beleuchten, weshalb sich Msgr. Š r á m e k zum Zwecke von Verhandlungen mit der französischen Regierung verbunden hat, was zur Folge hatte, daß auch er Mitglied des nationalen Ausschusses wurde. Ursprünglich war geplant gewesen, eine mehrgliedrige Regierung zu gründen, in der Beneš, General Ingr, Osuský und Dr. Outrata vertreten sein sollten. Es war beabsichtigt, in diese Regierung keinen exponierten gewesenen Politiker aufzunehmen, der zurzeit der Münchener Besprechung und auch nachher geringeren Einfluß gehabt hat. Es ist zwar wahr, daß wir zuverlässige Nachrichten haben, daß Msgr. Š r á m e k von allen Politikern am festesten gewesen ist und daß er der einzige aus der Führerkoalition war, der sich gegen das schwächliche Vorgehen im Zusammenhang mit München bewährt hat. Nichtsdestoweniger bestand die Absicht, nicht einmal ihn in die Regierung aufzunehmen, damit nicht andere sich im Ausland aufhaltende Politiker für sich den Anspruch erheben können, ebenfalls in diese Regierung aufgenommen zu werden. Da aber das französische Außenministerium, an dessen Spitze ein katholischer Politiker steht, Msgr. Š r á m e k als den einzig möglichen Verhandlungspartner ansah, wurde er auf diese Weise auf direkte Forderung der Franzosen in den nationalen Ausschuß aufgenommen.

Nach unserer Ansicht, mit der auch der weit größere Teil der Nation und sicherlich Dr. Hodža selbst übereinstimmen, ist alles das, was in und nach München geschah, nach internationalem und Verwaltungsrecht ungültig und kann unter keinen Umständen anerkannt werden. Auch die Innenpolitik richtete sich nach dem ausländischen Druck und dem politischen Terror, nicht aber nach der freien Entscheidung des Volkes. Ungültig ist daher München, ungültig ist Wien und auch Sillein. Damit ist auch die Selbständigkeitserklärung der Slowakei unrechtmäßig. Das alles war germanische bzw. ungarische Politik.

Das Volk muß nun frei über seine inneren Probleme entscheiden, von niemandem beeinflusst und ohne jeden Terror. Wenn wir auf diesen Grundsatz nicht beharren würden, wie könnten wir uns dann eine Wiedergutmachung des Wiener Unrechtes vorstellen, wie könnten die

14580

9a

die an die Ungarn angegliederten slowakischen Gebiete wieder zurückerhalten werden ?

.....

Es ist natürlich, daß es politische Parteien nicht geben wird. Die persönlichen Fragen dürfen sich nicht wiederholen.

Nochmals auf den Inhalt des Briefes von Dr. Hodža eingehend betonen wir, daß der demokratische Standpunkt in unseren Augen die Verwirklichung irgend welcher totalitärer Gedanken ausschließt. Wir kämpfen gegen den Totalismus mit autoritären Methoden und deshalb können wir nicht anerkennen, daß irgendeine Gruppe von Personen allein berechtigt sei, das Volk zu vertreten. Um so weniger können wir einer Delegation oder Gruppe von einzelnen irgend ein derartiges Recht aussprechen. In keinem Falle weisen wir darauf hin, daß die Mehrheit der verdienten und ausgezeichneten Slowaken im Auslande mit den angeführten Grundsätzen übereinstimmt. Wir wissen, daß die amerikanischen Slowaken, die sich mit Überzeugung dem nationalen Kampfe angeschlossen haben und auch den čsl. nationalen Ausschuß anerkannt, damit übereinstimmen. Wir sind überzeugt, daß auch die Mehrheit des Volkes daheim und in anderen Ländern nach Prüfung der hier angeführten Gründe mit uns übereinstimmen wird.

Wir wollen alle Kräfte vereinigen, welche in das freie und mit uns befreundete Ausland gelangten. Wir erneuern die čsl. Armée, organisieren alle Kräfte der im Ausland lebenden Landsleute, die sich freiwillig melden und zu Opfern für die Freiheit unserer Heimat bereit sind. Wir wünschen uns, daß in diesem Kampfe alle Slowaken bereit sind. Wir wünschen uns, daß in diesem Kampfe alle Slowaken im Geiste Masaryks und Štefaníks stehen. In diesem Sinne bitten wir Sie, helfen sie uns, indem Sie auf Dr. Hodža in dem Sinne einwirken, daß er sich uns und unserer Bewegung anschließt, damit wir nur ein Ziel vor uns haben - eine freie Tschecho-Slowakei in einem freien Europa.

Schicken Sie katholische Politiker weiters statistische Daten besonders darüber, was für die Wiener Entscheidungen vorbereitet worden war. Schickt uns auch Leute, welche Friedensverhandlungen ausarbeiten können, wie auch Statistiker und Staatswirtschaftler. Weiters schickt uns noch slowakische Redakteure."

In dem mit R. L. Voda unterfertigten Schreiben aus Paris nach Prag wurde u.a. folgendes mitgeteilt:



01266

"Fei-

"Feierabend (ein nach Paris geflüchteter Minister der Protektorsratsregierung) spricht hier sehr selbstbewußt, was er gemacht habe und hebt vor allem Herrenreiter (Beran) hervor, der sich angeblich ab 15.3.39 ganz für uns eingestellt habe. Ich habe bisher nicht mit ihm gesprochen und ich kann mir zurzeit noch nicht eine derartige Reserve auferlegen, um eine solche Unterredung zu ertragen."

Der nähere Inhalt der in dem Briefe Schneebergers vom 8. Mai 1940 erwähnten Nachrichten, die, wie es in dem Briefe heißt, schon nach Belgien weitergegeben waren, konnten nicht festgestellt werden.

Schneeberger übergab den mit "Dr. Svojsik" unterzeichneten Brief vom 8. Mai 1940 samt Anlagen der Frau Jiřina Svoboda, der Schwester des Schriftleiters Jořt, mit dem Auftrag, die Schriftstücke dem Angeklagten Beran zu überbringen und diesen zu fragen, ob Schneeberger bei ihm vorsprechen könne. Die Svoboda, deren inzwischen verstorbener Mann ein Landsmann des Angeklagten war, hatte somit zu diesem nähere private Beziehungen. Sie führte daher den Auftrag Schneebergers aus und verständigte diesen davon, daß der Angeklagte bereit sei, ihn zu empfangen. Schneeberger suchte dann in Begleitung der Svoboda zwischen dem 12. und 19. Mai 1940 den Angeklagten im Büro der Verlagsgesellschaft der Zeitung "Novina" in Prag auf. Nachdem die Svoboda den Schneeberger beim Angeklagten mit den Worten "das ist der Dr. Svojsik" eingeführt hatte, stellte sich Schneeberger mit seinem richtigen Namen vor. Auf die Frage Schneebergers, ob er seine Briefe erhalten habe, antwortete der Angeklagte bejahend und fügte bei, den Brief auch gelesen zu haben. Daraufhin machte Schneeberger den Angeklagten darauf aufmerksam, daß der in diesem Brief vom 8. Mai 1940 erwähnte Nolič ein Vertrauensmann der Geheimen Staatspolizei sein solle und fragte, ob der Angeklagte mit Nolič zusammenarbeite. Der Angeklagte entgegnete, er habe mit Nolič nur ein- oder zweimal gesprochen und halte ihn für einen Schwätzer. Schneeberger übergab dem Angeklagten dann ein oder zwei Abschriften von Nachrichten über wirtschaftliche Angelegenheiten, die von Bertl in Bukarest zusammengestellt und über die Volman an ihn gelangt waren. Ferner erklärte Schneeberger, er komme im Auftrage von Jořt und legte dem Angeklagten einen Brief Bertls aus Bukarest vor, den er auch von der Büroangestellten Volman erhalten hatte. In diesem Briefe bat Bertl für seinen Mitarbeiter Kahánek, der schwer erkrankt sei, um Unterstützung. Der Angeklagte erklärte, daß Kahánek ohnedies von der Verlagsgesellschaft "Novina"

noch

10a

noch 20 000 K. zu bekommen habe und händigte dem Schneeberger 10 000 K. aus. Schneeberger übergab diesen Betrag an die Büroangestellte Volman, welche das Geld an den Monteur Jaroslav Mazanek in Pilsen weiter leitete. Mazanek hatte diesen Betrag dem Bertl in Bukarest geliehen. Am Schluß der etwa 20 Minuten dauernden Unterredung erklärte der Angeklagte, Schneeberger könne ihn in Zukunft auch allein aufsuchen, er solle sich unter dem Namen "Dr.Svojsk" bei ihm anmelden lassen.

IV.

Einlassung und Würdigung.

Der Angeklagte hat zugegeben, daß ihn Jošt im September 1939 zum erstenmal aufgesucht habe und bei ihm wegen einer Anstellung als Schriftleiter der Tageszeitung "Venkov" vorstellig geworden sei. Der Angeklagte habe jedoch den Jošt durchaus nicht für seriös und einer solchen Anstellung für nicht wert gehalten. Da ihn Jošt trotzdem immer wieder aufsuchte, habe er es auf alle Fälle versucht, ihn loszuwerden. Schließlich habe er ihm eben aus diesem Grunde 10 000 K. gegeben, ohne daran zu denken, daß dieser Betrag illegalen Zwecken zugeführt werden könnte, obwohl er im Laufe der Zeit den Eindruck gewonnen hatte, daß Jošt sich irgendwie illegal betätigte. Der Angeklagte hat auch zugegeben, von Jošt etwa fünf Briefe erhalten zu haben, die von den zunächst in Warschau und später in Bukarest tätigen Schriftleitern Bertl und Kahánek stammten. Von einer Verbindung zwischen Jošt, Třebický und Hieke habe er jedoch überhaupt nichts gewußt. Davon habe ihm Jošt erst nach der Festnahme erzählt, und zwar auf dem gemeinsamen Transport nach Dresden sowie im Gefängnis in Dresden, wo er mit Jošt eine Zeitlang in einer gemeinsamen Zelle untergebracht gewesen sei. Ferner hat der Angeklagte in der Hauptverhandlung eingeräumt, durch Vermittlung der Svoboda den mit "Dr.Svojsk" unterzeichneten Brief vom 8.Mai 1940 mit mehreren Anlagen erhalten zu haben. Infolge Arbeitsüberlastung habe er diesen Brief samt Anlagen nur überflogen, ohne den Inhalt recht erfaßt zu haben. Er habe aus dem Briefe nur ersehen, daß es sich um ungesetzliche Dinge handelte und deshalb habe er den Brief mit Anlagen sofort vernichtet. Auch habe er bei der Vorstellung des Schneeberger auf den Namen nicht geachtet. Er wisse daher nicht, ob Schneeberger bei ihm unter seinem richtigen Namen oder unter dem Decknamen "Dr.Svojsk" eingeführt wurde.

01265



Et

8
11

Er habe daher den Schneeberger auch nicht aufgefordert, er solle sich in Zukunft mit seinem Decknamen "Dr. Svojsik" bei ihm anmelden lassen. Schneeberger habe ihm allerdings gesagt, daß er mit Jošt zusammenarbeite. Der dem Schneeberger übergebene Betrag von 10 000 K. sei ausschließlich für Heilungskosten Kahánek bestimmt gewesen, den der Angeklagte als ehemaligen Schriftleiter des "Venkov" in der Not nicht im Stich lassen wollte.

Soweit der Angeklagte bestritten hat, Kenntnis davon gehabt zu haben, daß die von ihm dem Jošt und Schneeberger übergebenen Beträge für illegale Zwecke bestimmt gewesen sind, konnte der Senat den Angaben des Angeklagten nicht folgen. In dieser Hinsicht erscheint der Angeklagte namentlich durch die Bekundungen der in der Hauptverhandlung als Zeugen vernommenen Jošt und Schneeberger überführt.

Jošt hat als Zeuge angegeben, er habe den Angeklagten davon unterrichtet, daß er dem Schriftleiter Bertl bei seiner Flucht ins Ausland behilflich gewesen sei und daß er sich selbst mit der Beschaffung von Nachrichten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Inhalts, welche ins Ausland weitergeleitet würden, befasse. Auch habe er dem Angeklagten schon damals von seinen Verbindungen zu dem ehemaligen Nachrichtenoffizier Oberstleutnant Třebický und zu Oberstleutnant Hieke Mitteilung gemacht. Die Geldspende habe er ausdrücklich für Hieke erbeten und habe sich auch nachträglich beim Angeklagten für den ihm durch dessen Sekretär Draňokoupil überreichten Betrag von 10 000 K. bedankt. Gleichzeitig habe er gesagt, daß dieses Geld für die illegale Flucht des Oberstleutnants Hieke ins Ausland verwendet wurde.

Es lag nicht der geringste Grund vor, den Bekundungen des als Zeugen vernommenen Jošt keinen Glauben zu schenken, zumal seine Aussage im wesentlichen mit den Angaben, welche er in dem gegen ihn selbst geführten Strafverfahren (1 H 199/41) gemacht hat, übereinstimmt. Der Angeklagte Beran hat übrigens schon daraus, daß ihm Jošt mehrere Briefe, die von den zunächst in Warschau und später in Bukarest tätigen Schriftleitern Bertl und Kahánek stammten, überbracht hat, erkennen müsse, daß Jošt illegale Beziehungen zum Ausland hatte. Insoweit der Angeklagte behauptet hat, von einer Verbindung des Jošt mit Třebický und Hieke überhaupt nichts gewußt, sondern hiervon erst nach seiner Festnahme erfahren zu haben, ist er nicht nur durch die bestimmte Aussage des Zeugen Jošt überführt, sondern auch durch seine diesbezügliche ausführliche Einlassung vor dem Ermittlungsrichter. Aus dieser Einlassung ergibt sich

un-

11a

unmißverständlich, daß der Angeklagte bereits bei den von September 1939 bis Anfang 1940 stattgefundenen Besuchen durch Jošt von dessen Verbindung zu Třebický und Hieke erfahren hat.

Im übrigen hat der Angeklagte vor dem Ermittlungsrichter angegeben, bei der Hingabe der 10 000 K. an Jošt kein reines Gewissen gehabt zu haben, doch habe er dem Jošt auf diese Weise klar machen wollen, daß er kein Verräter am tschechischen Volke sei. Vor dem Ermittlungsrichter hat der Angeklagte auch angeführt, den Eindruck gehabt zu haben, daß Jošt einer geheimen tschechischen Organisation angehöre, welche auf die Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit des tschechischen Volkes hinarbeitete. Über die Richtigkeit des Zustandekommens des richterlichen Protokolls hat der Angeklagte keine Einwendung erhoben. Bei der Hauptverhandlung hat er jedoch auf die ihm in dieser Richtung gestellten Fragen ausweichend geantwortet und schließlich nur zu geben, im Laufe der Zeit den Eindruck gewonnen zu haben, daß Jošt sich irgendwie illegal betätigte.

Schließlich hat der Angeklagte in der Hauptverhandlung angeführt, er habe den Jošt für einen Phantasten gehalten und deshalb trotz seiner verdächtigen Äußerungen in ihm keine Gefahr für das Reich gesehen. Deshalb habe er auch von der Erstattung einer Anzeige gegen Jošt Abstand genommen. Schließlich habe er kein Angeber sein wollen und auch nicht sein können. Denn es hätte für ihn und für seine Familie Lebensgefahr bestanden, wenn jemand erfahren hätte, daß er einen Landsmann wegen Hochverrats den deutschen Behörden angezeigt habe. Der Angeklagte hat sich somit in dieser Weise unter Berufung auf den Strafausschließungsgrund des Notstands der Nichtanzeige eines hochverräterischen Unternehmens gewissermaßen schuldig bekannt. Ganz abgesehen davon, daß bei der erwiesenen aktiven Betätigung des Angeklagten durch Hingabe von Geldspenden der Tatbestand des § 139 StGB. in diesem Falle nicht in Frage kommt, wäre eine Berufung auf den Strafausschließungsgrund des Notstands im Sinne der §§ 52, 54 StGB. vollkommen abwegig.

Der Senat hat nicht den geringsten Zweifel, daß der Angeklagte über die Art der illegalen Betätigung des Jošt unterrichtet gewesen ist und daß er auch gewußt hat, daß der dem Jošt durch Drahekoupil übermittelte Betrag von 10 000 K. zur Unterstützung der von Jošt im Rahmen einer geheimen Organisation entwickelten reichsfeindlichen Tätigkeit bestimmt war.

Durch die Bekundungen des Zeugen Schneeberger ist festgestellt,

daß

01264

12

daß der Angeklagte das im Sachverhalt angeführte mit "Dr.Svojsik" unterzeichnete Schreiben vom 8.Mai 1940 samt Anlagen nicht nur, wie der Angeklagte behauptet, flüchtig gelesen hat, ohne hierbei den Inhalt recht zu erfassen, sondern daß er vielmehr den Inhalt dieses Schreibens zur Kenntnis genommen hat. Der Angeklagte hat nämlich nach den glaubhaften Angaben des Schneeberger dessen Frage, ob er diesen Brief erhalten habe, nicht nur bejahend beantwortet, sondern auch beigelegt, den Brief gelesen zu haben. Überdies hat sich der Angeklagte auch mit Schneeberger über den im Brief erwähnten Nolič unter Bezugnahme auf den Inhalt des Briefes unterhalten. Auch die Überbringerin dieses Briefes - Frau Svoboda - hat als Zeugin bestätigt, gesehen zu haben, wie der Angeklagte den Brief und die Beilagen in ihrer Anwesenheit gelesen hat. Ihr sei sogar aufgefallen, daß der Angeklagte hierbei gelächelt habe. Schließlich hat der Angeklagte selbst zugegeben, aus dem Brief erkannt zu haben, daß es sich um eine illegale Betätigung handle. Deshalb habe er auch den Brief samt Anlagen vernichtet.

Auf Grund der Bekundungen der Zeugen Schneeberger und Svoboda steht weiter fest, daß dem Angeklagten bekannt war, daß der Brief vom 8.Mai 1940 mit dem Decknamen Schneebergers "Dr.Svojsik" unterzeichnet war. Denn Schneeberger hat als Zeuge bestätigt, von der Svoboda mit den Worten "Das ist der Dr.Svojsik" beim Angeklagten eingeführt worden zu sein. Daraufhin habe sich Schneeberger erst mit seinem richtigen Namen vorgestellt. Der Angeklagte habe dann erklärt, er werde sich diesen Namen leicht merken, weil er auch einen "Dr.Svojsik" kenne.

Auf Grund der Aussage des Zeugen Schneeberger ist weiter festgestellt, daß der Angeklagte dem Schneeberger gesagt hat, er könne ihn künftighin auch ohne die Frau Svoboda aufsuchen, er solle sich jedoch unter dem Namen "Dr.Svojsik" bei ihm anmelden lassen.

Der Angeklagte, welchem somit der Inhalt des mit einem Decknamen unterzeichneten Briefes vom 8.Mai 1940 bekannt war, wußte, daß Schneeberger einer geheimen Organisation angehörte, deren Mitglieder letzten Endes darauf ausgingen, mit Gewalt die deutsche Obrigkeit abzuschütten und einen selbständigen tschechischen Staat wieder aufzubauen. Ferner erkannte der Angeklagte aus dem Inhalt dieses Briefes, daß Schneeberger auch im Nachrichtendienst mit dem Auslande tätig gewesen ist.

Aus den ihm von Schneeberger übermittelten Abschriften von Nachrichten über wirtschaftliche Angelegenheiten, die von Bertl in Bukarest

rest

10310

rest zusammengestellt waren, und aus dem weiteren Brief Bertls aus Bukarest, in welchem dieser für den im Auslande gegen das Reich tätigen Juden Kahánek eine Unterstützung erbat, erkannte der Angeklagte eindeutig, daß Schneeberger illegale Beziehungen zum Auslande aufrechterhielt.

Im übrigen hat der Angeklagte vor dem Ermittlungsrichter zugegeben, den Eindruck gehabt zu haben, daß Schneeberger gegen die Interessen des Reichs arbeite. Der Angeklagte habe gedacht, Schneeberger sei in gleicher Weise tätig wie Jošt.

Der Senat ist daher überzeugt, daß der Angeklagte durch Hingabe der 10 000 K. an Schneeberger dessen illegale Tätigkeit unterstützen wollte oder zumindest es in Kauf genommen hat, daß dieser Betrag von Schneeberger im Rahmen der von diesem entfalteteten reichsfeindlichen Tätigkeit Verwendung finden werde.

Der Senat hat bei der Entscheidung über die Schuldfrage das Ergebnis der vom Angeklagten angebotenen und durchgeführten Entlastungsbe-
weise entsprechend gewürdigt. Der Angeklagte hat nämlich auch behauptet, er habe in dem Bestreben, den Jošt, welcher von vornherein einen unse-
riösen und ungünstigen Eindruck auf ihn gemacht habe, loszuwerden, ihn stets an seinen Sekretür Drahekoupil verweisen lassen, welcher den Auf-
trag hatte, den Jošt unter irgendeinem Vorwande abzuweisen. Die Unter-
stützung eines Schriftleiters sei übrigens für den Angeklagten keine
Besonderheit gewesen, da er an eine ganze Reihe von Schriftleitern
vielfach größere Geldbeträge aus den ihm zur Verfügung stehenden Mit-
teln auszahlen ließ.

Der als Zeuge vernommene Sekretür des Angeklagten, Franz Draho-
koupil, konnte nicht bestätigen, vom Angeklagten beauftragt worden zu
sein, den Jošt unter einem Vorwande abzuweisen, da der Angeklagte die-
sen nicht empfangen wollte. Der Zeuge konnte nur angeben, von Angestell-
ten des Angeklagten gehört zu haben, daß dieser wiederholt Personen,
die er nicht empfangen wollte, abweisen ließ. Ob dies auch bei Jošt
der Fall gewesen sei, ist dem Zeugen Drahekoupil nicht bekannt geworden.

Soweit die Zeugen Drahekoupil und Halk bestätigt haben, daß der
Angeklagte als Vorsitzter der Agrarpartei an Schriftleiter verschiedent-
lich Geldbeträge habe auszahlen lassen, konnte dieser Umstand den Ange-
klagten in keiner Weise entlasten, denn es ist nur allzu verständlich,
daß der Angeklagte als führende politische Persönlichkeit auch in die
Lage gekommen ist, in vollkommen legaler Weise unterstützungsbedürfti-
gen Schriftleitern an die Hand zu gehen.



Der

01263

13

Der Angeklagte hat ferner behauptet und unter Beweis gestellt, er habe sich seit 1936 stets für eine Verständigung der Tschechen mit den Deutschen eingesetzt und sei sogar für eine Teilnahme der Sudetendeutschen an der Regierung in der ČSR. eingetreten. Man habe ihn daher wegen seiner positiven Einstellung zum deutschen Volke in verschiedentlicher Weise angefeindet und verfolgt. Auch sei er ein ausgesprochener Parteigegner des früheren tschechischen Außenministers und späteren Staatspräsidenten Beneš gewesen, habe namentlich gegen die von Beneš geführte Außenpolitik sowie gegen den Anschluß an die Westmächte Stellung genommen und eine Annäherung der tschecho-slowakischen Republik an das Großdeutsche Reich gefordert, die er als Voraussetzung einer friedlichen Entwicklung des tschechischen Volkes ansah. Ferner habe er sich nach Abdankung des Präsidenten Masaryk im Jahre 1936 gegen die Wahl des Beneš zum Präsidenten der tschecho-slowakischen Republik gewandt und einen Gegenkandidaten in der Person des tschechisch-bürgerlichen Universitätsprofessors Dr. Němec aufgestellt. Hierbei sei er im Einvernehmen mit der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins vorgegangen. Nur einem in letzter Stunde erfolgten Stimmungsumschwung bei der slowakischen Volkspartei (der sogenannten Hlinka-Partei), die sich an die getroffenen Abmachungen nicht hielt, sei es zuzuschreiben, daß Beneš doch noch zum Präsidenten gewählt wurde.

Auch hat sich der Angeklagte darauf berufen, in einem Leitartikel der Neujahrsnummer des Tageblatts der tschechischen Agrarpartei "Venkov" vom 1. Januar 1938 darauf hingewiesen zu haben, daß in der tschecho-slowakischen Republik Millionen von Deutschen in unmittelbarem Anschluß an das Großdeutsche Reich leben und daß man mit diesen Tatsachen rechnen und sich danach umstellen müsse. Er habe daher einerseits die Herstellung eines guten Verhältnisses mit den Deutschen in der Tschecho-Slowakei und andererseits mit dem Deutschen Reich verlangt, wobei es in dem Artikel wörtlich geheißen habe:

"Wir wollen eine Vereinbarung mit Deutschland um den Preis aller Zugeständnisse."

In den kritischen Septembertagen des Jahres 1938 habe sich der Angeklagte auf das entschiedenste gegen die Kriegshetzer gewandt und sei in schärfsten Widerspruch mit Beneš geraten. Der Angeklagte sei es gewesen, welcher beim Staatspräsidenten Dr. Hácha angeregt habe, den Weg der unmittelbaren Fühlungnahme mit dem Führer zu suchen, die schließlich zur Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren geführt hat.

Schließ-

82510

Schließlich sei der Angeklagte nur deshalb freiwillig von dem Posten als Ministerpräsident zurückgetreten, weil er die deutsche Sprache nur mangelhaft beherrschte und in diesem Mangel ein Hindernis für die notwendige enge Zusammenarbeit zwischen den Deutschen und den tschechischen Behörden erblickte.

Diese Behauptungen hat der Angeklagte deshalb unter Beweis gestellt, um die Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen - namentlich der Zeugen Jošt und Schneeberger - zu erschüttern, da doch nicht anzunehmen sei, daß ein Mann, der zum Deutschtum und zum Deutschen Reich so positiv eingestellt war, wie der Angeklagte und diese Einstellung durch positive Handlungen betätigt und die Deutschen geradezu ins Land gerufen hat, sich einer strafbaren Handlung gegen die Interessen des Reichs schuldig gemacht haben sollte.

Die Zeugen Rudolf Haltk und Dr. Emanuel Slabý haben angegeben, daß der Angeklagte ein Gegner des ehemaligen tschechischen Außenministers und späteren Staatspräsidenten Beneš gewesen sei und daß er ständig öffentlich die Politik und die Methoden Beneš's bekämpft habe. Das ist übrigens auch gerichtsbekannt.

Aus den zur Verlesung gebrachten Mitteilungen der Gesandten Eisenlohr und Hencke vom 20. und 26. Mai 1942 geht zwar hervor, daß sich der Angeklagte in Wort und Schrift für einen Ausgleich mit der Sudetendeutschen Partei eingesetzt habe, für ein gutes Verhältnis zu dem Deutschen Reich eingetreten und wegen seines deutschfreundlichen Kurses seitens der tschechischen Öffentlichkeit vielen Anfeindungen ausgesetzt gewesen sei.

Aus der vom Senat herbeigezogenen schriftlichen Äußerung des Staatspräsidenten des Protektorats Böhmen und Mähren Dr. Emil Hácha vom 15. Juni 1942 ergibt sich ferner, daß über die Fragen, ob der Angeklagte für eine Verständigung mit der Sudetendeutschen Partei eingetreten sei, und ein ausgesprochener Gegner Beneš's gewesen sei, die damaligen deutschen und tschechischen Politiker maßgeblich unterrichtet seien.

Hierzu wurde daher der Staatssekretär des Reichsprotectors Gruppenführer Karl Hermann Frank als Zeuge gehört. Auf Grund dieser Aussage ist folgendes festgestellt:

Es ist zwar richtig, daß der Angeklagte im Herbst 1938 die Notwendigkeit betont hat, zum Deutschen Reich ein gutes Einvernehmen herzustellen. Ebenso hat er jedoch auch erklärt, daß es notwendig sei, die guten Beziehungen zu Frankreich und anderen aufrechtzuerhalten, d.h. also



01262

14

zu jener verbündeten Mächtegruppe, die alles daran setzte, das Reich in seiner ihm in Versailles auferlegten Ohnmacht zu halten.

Es ist auch richtig, daß dem Angeklagten von seinen Parteigegnern Deutschfreundlichkeit vorgeworfen wurde. Der Angeklagte hat sich jedoch immer durch entsprechende Dementis gegen den Verdacht der Deutschfreundlichkeit verwahrt.

Es ist auch nicht richtig, daß sich der Angeklagte seit 1936 stets für eine Verständigung der Tschechen mit den Deutschen eingesetzt habe. Seine Einstellung hierzu hat der Angeklagte namentlich in verschiedenen offiziellen Zeitungsartikeln zum Ausdruck gebracht. So ist am 18. Mai 1935, also ein Tag vor den tschechischen Parlamentswahlen in der deutsch geschriebenen "Prager Presse", dem damaligen offiziellen tschechischen Regierungsorgan ein Aufsatz des Angeklagten unter der Aufschrift "Agrarische Absage an Henlein" erschienen, in welchem u. a. angeführt war:

"Es interessiert uns nicht so sehr die Zahlenmäßigkeit der Mandate der Henlein-Partei. Wir hören zwar ihre Kundgebungen über das positive Verhältnis zu diesem Staate. Wir sind aber mißtrauisch und glauben vorläufig nicht daran, daß das ehrlich gemeint und daß ihre Anhänger diese Meinung aufrichtig teilen

Die Heimatfront (das ist die damalige Bezeichnung der Sudetendeutschen Partei) ist und bleibt nach den Wahlen ein Fremdkörper in der tschecho-slowakischen Demokratie und ohne Rücksicht auf die Zahl ihrer Mandate ist ihre Teilnahme an der nächsten Regierung wegen dieses ihres Charakters nicht wünschenswert Aber es ist notwendig, daß wir in Henlein in erster Reihe keineswegs einen Deutschen sehen, sondern den Vertreter roher und verabscheuungswürdiger Doktrinen, die wir ablehnen, in welcher Sprache sie auch immer vorgebracht werden."

Der Zeuge Frank hat ferner bestätigt, daß die Behauptungen des Angeklagten, er sei auch für die Teilnahme der Sudetendeutschen Partei an der Regierung eingetreten, unrichtig sind. Der Zeuge hat in dieser Hinsicht auf einen in der oben genannten "Prager Presse" am 20. Januar 1938 erschienenen Artikel verwiesen, in welchem unter der Überschrift "Suehla-Linie bleibt" über die erste Sitzung des Präsidiums der Agrarpartei Bericht erstattet wurde. In diesem Artikel war ausgeführt:

Die verantwortlichen Faktoren der Republikanischen Partei halten nach wie vor in der Innenpolitik an der von Šuehla auf-

stell-

10510

stellten Linie einer konstruktiven und initiativen Zusammenarbeit mit den Sozialisten und an der demokratischen Ideologie des landwirtschaftlichen Volkes fest. Die Partei ist weit davon entfernt, an den Grundlagen der Zusammenarbeit mit den übrigen Koalitionsparteien zu rühren und an eine Zusammenarbeit mit Parteien einer anderen als dieser Grundhaltung zu denken. Infolgedessen gehören auch die Behauptungen von dem Willen zu einer Zusammenarbeit mit der Sudetendeutschen Partei in der Regierung in das Reich der Fabel."

Insoweit sich die Verteidigung darauf berufen hat, daß der Angeklagte in einem Artikel der Neujahrsausgabe 1938 des Agrarblatts "Venkov" für die Herstellung eines guten Verhältnisses mit dem Deutschen Reich eingetreten sei und eine Vereinbarung mit Deutschland um den Preis aller Zugeständnisse herbeiführen wollte, ist durch die Aussage des Zeugen K.H. Frank festgestellt, daß der Angeklagte in seinem Zeitungsartikel darauf hingewiesen hat, daß 1 1/4 Millionen deutsche Wähler in der tschecho-slowakischen Republik leben, der S.d.P. ihr Vertrauen gegeben haben und daß die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen seien. Der Ausspruch "Wir wollen eine Vereinbarung mit Deutschland um den Preis aller Zugeständnisse" ist jedoch in diesem Artikel nicht enthalten. Aus der Aussage des Zeugen Frank ergibt sich ferner, daß es in den Außenausschüssen des Parlaments der ČSR. häufig aus parteipolitischen Gründen zu scharfen Auseinandersetzungen kam. Der Angeklagte kann jedoch nicht von sich behaupten, der von Beneš betriebenen Außenpolitik entgegengetreten zu sein, weder hinsichtlich der Beziehungen zu Deutschland, noch bezüglich der Teilnahme an den Sanktionen gegen Italien, noch bezüglich der Völkerbundspolitik. Im Gegenteil, bei allen Abstimmungen stimmte er für die Politik des Beneš.

Hervorgehoben zu werden verdient auch, daß die tschechischen Agrarier seit 1922 ununterbrochen den Posten des Ministerpräsidenten besetzten, sie waren immer durch drei weitere Minister in der Regierung vertreten und beeinflussten als Koalitionspartei maßgeblich die tschechische Politik. Vor allem stellten sie den Innenminister entweder aus ihrer Partei oder durch einen dieser Partei nahestehenden Beamten. Aber gerade diese Personen haben die Landnahme gegen die Sudetendeutschen betrieben. Das wäre ohne Billigung des Angeklagten nicht möglich gewesen.

Ferner wurden alle während des Bestehens der tschecho-slowakischen

01261

12
15

schen Republik von Beneš vorgetragene politische Exposé von der Agrar-Partei genehmigt, insbesondere die Sanktionen gegen Italien, der Vertrag mit der Sowjetunion und das Minderheitsregime.

Die behauptete Unterstützung der Kandidatur des Professors Dr. Němec als Präsident der tschecho-slowakischen Republik war nur ein Manöver. Der Zeuge Frank hat selbst als Repräsentant der Sudetendeutschen Partei zwei Nächte vor der am 18. Dezember 1935 in Prag stattgefundenen Präsidentenwahl mit dem Angeklagten persönlich verhandelt, um die Agrar-Partei dafür zu gewinnen, im Verein mit der Sudetendeutschen Partei die Wahl des Dr. Beneš zum Staatspräsidenten zu vereiteln. Bei diesen Verhandlungen ist zwar der Angeklagte auf die Vorschläge des Zeugen eingegangen und hat zu erkennen gegeben, daß sich die Agrar-Partei für die Wahl des Professors Dr. Němec einsetzen werde. Am Tage der Wahl hat jedoch die Partei des Angeklagten mit Ausnahme von zwei rechtsgerichteten Agrariern einheitlich für Beneš gestimmt.

Es ist auch nicht richtig, daß sich der Angeklagte in den kritischen Septembertagen auf das entschiedenste gegen die Kriegshetzer wandte und in schärfsten Widerspruch zu Beneš geriet.

Unmittelbar vor den Münchener Besprechungen veranstaltete der damalige Havas-Korrespondent in Prag, Huntzbüchler, eine Umfrage bei allen tschechischen Parteivorsitzenden über ihre Stellungnahme zu den deutschen Forderungen.

Jeder der Vorsitzenden schickte daraufhin eine schriftliche Erklärung an Huntzbüchler, die als Interview in der französischen Presse veröffentlicht werden sollte. In der Formulierung waren diese Erklärungen zwar unterschiedlich. Alle Parteivorsitzenden - unter ihnen auch der Angeklagte Beran - erklärten jedoch übereinstimmend die deutschen Forderungen für unannehmbar und gaben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, den Bestand der tschecho-slowakischen Republik mit der Waffe zu verteidigen.

Der Zeuge Frank hat weiter bekundet, daß der Angeklagte als tschechischer Ministerpräsident seinerzeit davon unterrichtet gewesen sein muß, daß dem Staatspräsidenten Dr. Hácha der Vorschlag gemacht wurde, den Weg der unmittelbaren Fühlungnahme mit dem Führer zu suchen. Dem Zeugen ist jedoch bekannt, daß der damalige tschechische Minister Havelka Anspruch darauf erhob, derjenige gewesen zu sein, welcher den Staatspräsidenten Hácha zu diesem Schritt bewogen hat. Diese Angaben des Zeugen Frank stehen auch mit der diesbezüglichen Äußerung des

Staats-

Staatspräsidenten Dr. Emil Hacha vom 15. Juni 1942 im Einklang, wo es heißt:

"Der Vorschlag, den Weg der direkten Fühlungnahme mit dem Führer zu suchen, der schließlich zur Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren geführt hat, wurde mir von dem damaligen Minister Dr. Havelka als Beschluß der Regierung, an deren Spitze Beran als verantwortlicher Ministerpräsident stand, vorgetragen."

Es ist also nicht festzustellen, daß gerade der Angeklagte für sich in Anspruch nehmen darf, der Urheber dieses Gedankens gewesen zu sein.

Schließlich hat der Zeuge Frank bestätigt, daß für den seinerzeitigen Rücktritt des Angeklagten von dem Posten des Ministerpräsidenten die ungenügende Kenntnis der deutschen Sprache nicht ausschlaggebend gewesen ist, wie der Angeklagte behauptet. Der Rücktritt des Angeklagten sei allein deswegen erfolgt, weil er in keiner Weise mehr das Vertrauen des Reichsprotectors besaß. In politischen Kreisen in Prag und insbesondere bei den ausländischen Journalisten war damals bekannt, daß der Angeklagte seit dem 15. März 1939 bestrebt war, bei erster Gelegenheit sich seines Amtes als Ministerpräsident zu entledigen. Außerdem sei auch der Verdacht aufgekommen, daß der Angeklagte Verbindungen zum polnischen Nachrichtendienst unterhalten habe. Aus diesen Gründen sei dem Angeklagten der Rücktritt vom Posten des Ministerpräsidenten nahegelegt worden.

Auf Grund der bestimmten, überzeugenden und erschöpfenden Aussage des Zeugen Frank war es nicht erforderlich, über die politische Rolle, die der Angeklagte Beran gespielt hat, weitere Beweise durchzuführen. Es war daher insbesondere dem Antrag auf Vernehmung des Reichsstatthalters und Gauleiters Konrad Henlein, des Gouverneurs Kundt und des Regierungspräsidenten Dr. Sebekowsky keine Folge zu geben. Dies um so weniger, als der Zeuge Frank auch bekundet hat, den Angeklagten schon seit dem Jahre 1936 zu kennen und über dessen politische Tätigkeit stets gut unterrichtet gewesen zu sein, da er als stellvertretender Führer der Sudetendeutschen Partei, als Vertreter Konrad Henleins und als Abgeordneter im damaligen tschechischen Parlament wiederholt mit ihm zu verhandeln hatte. Es bedarf somit keiner weiteren Begründung, daß dieser Zeuge in seiner maßgeblichen politischen Stellung die politischen Vorgänge in der tschecho-slowakischen Republik nicht nur gründlich verfolgt hat, sondern daß er auch eingehend und richtig über die in Frage kommenden Umstände unterrichtet gewesen ist.

Auf

01260

13
16

Auf Grund dieser Feststellungen lag um so weniger ein Anlaß vor, die Glaubwürdigkeit der Zeugen Jošt und Schneeberger anzuzweifeln, als es sich nach der Aussage des Zeugen Frank beim Angeklagten Beran um einen Politiker gehandelt hat, der es von jeher vorgezogen hat, als Drahtzieher hinter den Kulissen zu wirken, um auf diese Weise stets ein Doppelspiel führen zu können. Denn er sei ein Mann mit dem Januskopf, mit einem Doppelgesicht, der nach der jeweiligen politischen Situation sich einzustellen vermochte.

Der Senat hat auch den Eindruck gewonnen, daß es sich bei dem Angeklagten um einen solchen Mann "mit dem Januskopf" handelt, der bemüht war, seinen Mantel nach dem jeweiligen politischen Winde zu drehen. Die festgestellte strafbare Handlungsweise des Angeklagten wird hierdurch auch vollkommen erklärlich. Denn wie sich aus dem Sachverhalt ergibt, wollte sich der Angeklagte durch die Ausfolgung von Geldbeträgen, welche zur Unterstützung der von Jošt und Schneeberger im Rahmen einer geheimen Organisation entwickelten reichsfeindlichen Betätigung bestimmt waren, ein politisches Alibi verschaffen für den Fall, daß es im Sinne der Anschauung unbelehrbarer Tschechen in diesem Kriege zu einer Niederlage Deutschlands und damit zu einer Änderung der gegenwärtigen Verhältnisse im böhmisch-mährischen Raum kommen sollte. Der Angeklagte wollte sich offenbar hierdurch einen Beweis dafür verschaffen, daß er auch in einer äußerst kritischen Zeit für die tschechische Sache eingetreten sei. Dabei wollte er jedoch als typischer Drahtzieher im Hintergrunde bleiben, um sein gewohntes Doppelspiel weiterführen zu können.

Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen werden die Angaben des Angeklagten, er habe kein reines Gewissen gehabt, als er dem Jošt den Betrag auszahlen ließ, doch habe er dem Jošt durch Hingabe des Geldes klar machen wollen, daß er kein Verräter am tschechischen Volk sei, erst recht verständlich. Es ist bereits festgestellt worden, daß der Angeklagte über die Tätigkeit des Jošt als auch des Schneeberger hinreichend unterrichtet gewesen ist. Der Angeklagte wußte nicht nur, daß Jošt und Schneeberger einer geheimen Organisation angehörten, welche die gewaltsame Wiedererrichtung eines selbständigen tschechischen Staates zum Ziel hatte, sondern ihm war sowohl aus den mündlichen Berichten des Jošt als auch aus den schriftlichen Mitteilungen des Schneeberger bekannt, daß die beiden Genannten illegale Beziehungen zum Auslande unterhielten. Bei seiner politischen Erfahrung war sich der Angeklagte darüber zweifellos auch im klaren, daß es sich bei diesen illegalen Be-

zie-

16a

ziehungen zum Ausland in der Kriegszeit um eine auf die Unterstützung der Feindmächte gerichtete Tätigkeit gehandelt hat.

Der Angeklagte hat somit bewußt die hoch- und landesverräterische Tätigkeit des Jošt und des Schneeberger unterstützt. Täterschaft hat der Senat bei ihm nicht angenommen, da die Art und der Umfang der vom Angeklagten entfalteteten Tätigkeit lediglich die Annahme der Gehilfeneigenschaft rechtfertigen. Der Angeklagte ist, wie bereits angeführt, nicht die Persönlichkeit, welche treibend oder bestimmend tätig gewesen ist. Im Gegenteil, er ist der typische demokratische Parlamentarier. Er hat sich von persönlichen Vorteilen bestimmen lassen und es seinem oben geschilderten Charakter entsprechend vorgezogen, im Hintergrunde zu bleiben, um sein Doppelspiel weiterführen zu können. Der Senat hat daher beim Angeklagten in Übereinstimmung mit der vom Anklagevertreter in der Hauptverhandlung vertretenen Auffassung Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat und zur Feindbegünstigung angenommen - Verbrechen nach §§ 80 Abs.1, 83 Abs.2 und Abs.3 Ziffer 1, 91b, 49,73 StGB. Die einzelnen Handlungen, in denen der Angeklagte tätig geworden ist, entbehren der Selbständigkeit und stellen eine fortgesetzte Handlung im Rechtssinne dar.

V.

Strafzumessung und Nebenentscheidungen.

Die Strafe war aus § 91b Abs.1 StGB. als dem strengeren Gesetz zu entnehmen. § 91b Abs.2 kam nicht in Frage, da schwerere Folgen keineswegs auszuschließen waren. Die hiernach gegen den Angeklagten festzusetzende Strafe war gemäß § 49 Abs.2, § 44 Abs.2 StGB. nach Beihilfe-Grundsätzen zu ermäßigen.

Bei der Strafzumessung war in erster Linie auf das Schutzbedürfnis des deutschen Volkes Bedacht zu nehmen. Die hoch- und landesverräterischen Umtriebe der tschechischen Widerstandsbewegung sind infolge der besonderen Verhältnisse im Protektorat Böhmen und Mähren besonders gefährlich und heimtückisch. Es handelt sich um geheime Bestrebungen fanatischer Tschechen, welche nicht einzusehen vermögen, daß lediglich im Einvernehmen mit dem Reich eine glückliche Zukunft für das tschechische Volk zu erhoffen sei und welche daher darauf ausgehen, das neu gefaßte Vertrauen vieler tschechischer Kreise zur deutschen Führung zu untergra-
ben

04239



14
17

ben und die Befriedung des böhmisch-mährischen Raumes zu hintertreiben. Diese geheimen Umtriebe drohen mehr und mehr den inneren Frieden im Protektorat ernstlich zu gefährden. Von deutscher, aber auch von vernünftiger tschechischer Seite hat es nicht an eindringlichen Warnungen gefehlt. Dennoch gelang es diesen unbelehrbaren Kreisen immer wieder, unverantwortliche Elemente zu Unruhen, Gewalttaten und Sabotageakten aufzuhetzen.

In der richtigen Erkenntnis dieser Umstände sieht daher der Senat nunmehr grundsätzlich unter Berücksichtigung der in der letzten Zeit im Protektorat besonders verschärften Lage bei Angeklagten, die der tschechischen Widerstandsbewegung angehört haben, die schwersten Strafen vor. Aus Gründen der Abschreckung muß aber auch gegen diejenigen, welche als Gehilfen zur Förderung der tschechischen Widerstandsbestrebungen tätig geworden sind, ein strengerer Maßstab angelegt werden.

Es konnten daher auch im vorliegenden Falle bei der Strafzumessung die letzten Ereignisse im Protektorat nicht unberücksichtigt bleiben, obwohl der Angeklagte selbst sich in die tschechische Widerstandsbewegung nicht eingegliedert hatte, sondern, wie bereits ausgeführt, aus grundsätzlichen Motiven heraus im Hintergrunde bleiben wollte und obwohl die Straftat bereits mehr als zwei Jahre zurückliegt. Hierbei kam weiter in Betracht, daß der Angeklagte in keiner Weise zielbewußt vorgegangen ist, sondern den Einflüssen des Jošt und Schneeberger erlegen ist. Dieser Umstand ändert jedoch letzten Endes nichts an dem Ergebnis, daß die Geldhingabe von seiten des Angeklagten ganz ohne Rücksicht auf die Höhe des Betrages für die Kreise, zu deren Verfügung das Geld bestimmt war, schon deshalb einen nicht unbedeutenden Gewinn darstellen mußte, weil es sich beim Angeklagten um den ehemaligen Vorsitzenden der tschechischen Agrar-Partei und um einen ehemaligen tschechischen Ministerpräsidenten, somit um eine bekannte und unter den Tschechen besonders populäre Persönlichkeit handelte. Mögen auch dem Angeklagten die von ihm geleisteten Geldspenden geringfügig erschienen sein, da sie in keinem Verhältnis zu seiner Vermögenslage gestanden haben, so mußte er sich doch als erfahrener Politiker der besonderen Tragweite seiner Handlungsweise bewußt geworden sein, wobei allerdings auch zu bedenken war, daß er auch nach Errichtung des Protektorats sich in schroffem Gegensatz zu Beneš und seinem Anhang befand.

Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände hielt der Senat eine Zuchthausstrafe von zehn Jahren und überdies eine Geldstrafe von

100 000 RM

17a

100 000 RM (das ist das fünfzigfache der hergegebenen Summe) für die im Falle der Nichteintreibung eine Ersatzstrafe von einem Jahr Zuchthaus zu treten hat (§§ 93, 29 StGB.) dem Verschulden des Angeklagten für angemessen.

Da der Angeklagte im wesentlichen bereits im Vorverfahren geständig gewesen ist, konnte ihm die erlittene Untersuchungshaft auf die erkannte Strafe angerechnet werden (§ 60 StGB.).

Als Protektoratsangehöriger hat der Angeklagte seine Treuepflicht gegen das Großdeutsche Reich aufs gröblichste verletzt und somit ehrlos gehandelt. Es wurden ihm daher die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren aberkannt (§ 32 StGB.).

Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 StPO.

gez. Thierack

Dr. Illner.

01258



Prag-Bubentfch, den 31. Juli 1942.
Sachfenweg
Fernsprecher 77444

19
In Böhmen und Mähren.
Eing.: -1. AUG. 1942

An den

Persönlichen Referenten des Herrn Staatssekretär
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
H-Obersturmbannführer Dr. G i e s,

P r a g.

Betr.: Verhandlung des Volksgerichtshofes gegen den
ehemaligen Ministerpräsidenten Beran.

Vorg.: Verfügung von H-Gruppenführer K.H.Frank vom
30.6.42.

Anlg.: 1.

Als Grund der Anwesenheit von Oberführer Land-
gerichtsrat Dr.Albrecht, Prof.Kniestädt und Rechtsan-
walt Magerstein bei der Verhandlung des Volksgerichts-
hofes gegen Beran wurde folgendes festgestellt:

- 1.) Dr.Albrecht nahm als Beobachter des Reichs-
ministeriums für Volksaufklärung und Propa-
ganda teil.
- 2.) Prof.Kniestädt, der Staatskonzertmeister an
der Staatsoper Berlin ist, hat in privater
Eigenschaft als Zuhörer an der Verhandlung
teilgenommen; der Beweggrund dafür konnte
nicht ermittelt werden.
- 3.) Rechtsanwalt Magerstein nahm als 2.Verteidiger
Berans teil.Er war von den Angehörigen Berans
zu dessen Verteidigung aufgefordert worden;
da jedoch vor dem Volksgerichtshof immer nur
1 Verteidiger zugelassen wird und bereits
der Berliner Rechtsanwalt Dr.Schwarz damit
betraut war, führte Magerstein die Verteidigung
nicht selbst und nahm nur beobachtend an der
Sitzung teil.

b.w.

IV B-36 R/42

19a

Über Magerstein ist hier bekannt, daß er ausgesprochen liberal eingestellt sein soll. Noch im Jahre 1940 vertrat er eine Jüdin. In tschechischen Kreisen hat er auf Grund seines Gebahrens bei der Vertretung tschechischer Mandanten den Ruf besonderer Tschechenfreundlichkeit.

i. M.
V. K. Schmidt

~~Septemb. 1940~~



01256



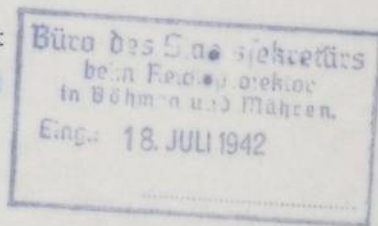
Der Präsident
des Volksgerichtshofs

1 H 113/42

An
Herrn Staatssekretär
W-Gruppenführer Karl Hermann Frank
in
Prag
Czernin-Palais

Berlin W 9, den 17. Juli 1942
Belleuestraße 15
Fernsprecher: B 1 Rufort 8341

Geheim ! Persönlich !
Einschreiben !



Lieber Parteigenosse Frank !

Nach Fertigstellung des Urteils gegen B e r a n
reiche ich Ihnen mit Dank die von Ihnen seinerzeit über-
lassenen Unterlagen zurück.

Heil Hitler !
Ihr

St. G. P. B. - 30 6/42

**Der Leiter
der Justizpressestelle
beim Volksgerichtshof**

Berlin W 9, den 27. Juni 1942.
Belleuestraße 15
Fernsprecher: 21 83 41

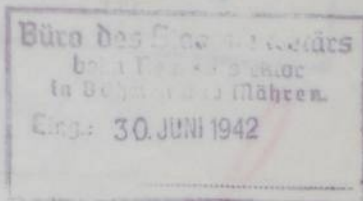
16
21

Pr. 7

Einschreiben !

An

Herrn Oberregierungsrat G i e s
in P r a g IV,
Černý-Palais.



Sehr geehrter Herr Oberregierungsrat !

Unter Bezugnahme auf unsere gestrige fernmündliche Unterredung teile ich Ihnen mit :

1.) den Wortlaut des Urteilsspruchs :

Der Angeklagte Beran wird wegen Beihilfe zum Hochverrat und zur Feindbegünstigung zu zehn Jahren Zuchthaus und zu einer Geldstrafe von 100 000 RM, für die im Falle der Nichteintreibung eine Ersatzstrafe von einem Jahre Zuchthaus zu treten hat, verurteilt.

Auf die erkannte Strafe werden ihm 13 Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet.

Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf die Dauer von zehn Jahren aberkannt.

Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

2.) Als Zuhörer waren - neben Angehörigen des Volksgerichtshofs anwesend:

FA 3256

Oberführer Landgerichtsrät Dr. Albrecht, Propagandaministerium, Rechtsanwalt Magerstein, Prag II, Torgasse 19, und Prof. Kniestädt, Berlin W 35.

gez. Dr. Schneidenbach.

SD-Feilabformitt Dept	Ant.
18233	1 - JUL 1942
JR	HAUSENSTRASSE



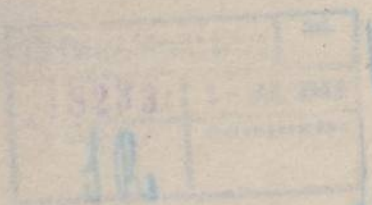
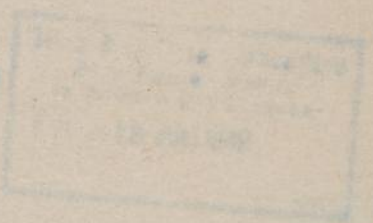
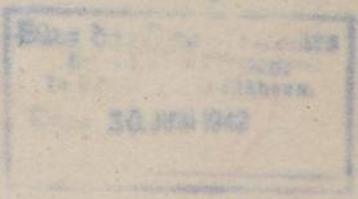
Beglaubigt:

Regierungsinspektor.

St. S. Z.B.-11 g/192

26

BERAN vor und seit der Errichtung des Protektorats.



Handwritten signature or text in blue ink.

Handwritten numbers or text at the bottom right.

17
23

BERAN vor und seit der Errichtung des Protektorats.

1. Extremer Chauvinismus in der Zeit von München bis zum 15. März 1939 unter dem Motto "Eine kleine ČSR, aber die unsrige" - Entfernung deutscher Anschriften - Ausschreitungen gegen Deutsche.
2. In der Zeit vom 3. bis 8. März 1939 lässt Beran durch das Pressebüro alle Nachrichten über den sich zuspitzenden Konflikt zwischen Prag und Pressburg unterdrücken.
3. Während seiner Amtszeit hat Beran nichts getan, um die deutschfeindliche Berichterstattung ausländischer Korrespondenten in Prag, insbesondere von Havas und der polnischen Agentur Pat zu unterbinden oder wenigstens zu mässigen.
4. Ende Feber und Anfang März 1939 weilte der politische Hauptschriftleiter des Pressebüros Bareš im Auftrage von Beran in London, wo er ausgedehnte Verhandlungen insbesondere mit der Reuter-Agentur führte mit dem Zweck, der Agrarpartei in der ~~tschechischen~~ ^{tschechoslowakischen} Presse einen Rückhalt zu verschaffen. Bareš kehrte am 8. III. 1939 nach Prag zurück und behauptete, dass seine Mission in England erfolgreich gewesen sei.
5. Am 27. III. 1939 liess Beran über das Pressebüro "vertraulich" unter den Auslandskorrespondenten die Nachricht über zahlreiche Austritte aus der katholischen Kirche in der Slowakei verbreiten. Es sollte hiermit ein Protest der Katholiken gegen die Politik von Tiso zum Ausdruck gebracht werden, der "für die Zerstückelung der ČSR verantwortlich zu machen ist". Eine diesbezügliche Notiz ist auch in der Beran-Zeitung "Večer" vom 8. V. 1939 erschienen.
6. Ende März versuchte das Pressebüro (Bareš) wiederholt "vertrauliche" Informationen militärischer Natur über Schliessübungen und strategisch-wichtige Bauvorhaben der deutschen Wehrmacht in die Auslandspresse zu bringen.

Rudl.

29

B e r a n vom 1. I. 1938 bis zur
Errichtung des Protektorates.



4

25

Prager Presse. 18.Jg., Nr.6, S.4. 7.Jänner 1938.

Das Werk der Agrardemokratie.

Abg. B e r a n eröffnet den neuen Kurs der
Švehla-Volkshochschule.

"Der Vorsitzende der Republikanischen Partei
hob den grossen Anteil der landwirtschaftlichen
Demokratie an der Schaffung und Sicherung des
selbständigen tschechoslowakischen Staates her-
vor, und gedachte schliesslich der grossen Opfer
vieler öffentlichen Funktionäre des Staates mit
Antonín Švehla an der Spitze, deren unermüdliche
Arbeit die Grundlagen der tschechoslowakischen
Freiheit und Selbständigkeit schuf."

01510

Prager Presse. 18.Jg., Nr. 58, S.2. 28.Feber 1938.

Abg. B e r a n : Niemals Diktatur.

Die Bezirksorganisation der Republikanischen Partei veranstaltete heute (27.II.) vormittags in München-grätz eine Manifestationskundgebung, bei welcher Parteiobmann Abg. Beran über die politische Situation sprach.

"Es geht nicht darum, ob die Linke oder die Rechte gestärkt wird, sondern darum, dass die ganze Welt sehe, dass das tschechoslowakische Volk bereit und fähig ist, seine Freiheit zu verteidigen."

"Die Republikanische Partei sei immer für eine demokratische Zusammenarbeit mit allen staaterhaltenden Elementen, weil sie weiss, dass die Stütze unseres Staates vor allem die Bauernschaft, die Arbeiterschaft, die Gewerbetreibenden und unsere Intelligenz ist, weil sie weiss, dass die Zukunft unseres Staates auf die gemeinsame Arbeit aller treuen Tschechoslowaken aufgebaut ist."

21810

27

Laut Venkov vom 9. März 1938 hat der Abgeordnete
Ž i l k a das Einverständnis der Agrarpartei mit
der Hodža-Erklärung vor dem Parlament bekanntge-
geben. In dieser Rede sagte Žilka unter anderem:

"Wir haben unserer deutschen Minderheit soviel
Rechte gegeben, wie sie eine deutsche Minderheit
in keinem anderen Staate Europas besitzt. Kulturel-
le Freiheit darf nicht mit Forderungen nach politi-
scher Autonomie verbunden werden."

"Unserer Grenzen entsagen wir uns nie und der Weg
über sie würde erst dann frei sein, wenn auf ihnen
der letzte Tschechoslowake verblutet ist."



01514

28

Am 18. Mai 1938 fand in der Lucerna eine 2. Agrarier-Versammlung statt.

In seiner Rede verwahrt sich B e r a n vor allem gegen die Verdächtigung, dass die Agrarpartei die Nation an die Deutschen verkaufe und in diesen historischen Augenblicken die Heimat preisgebe.

Die Rede endet:

"An erster Stelle steht unsere Sorge um die Nation, um den Staat, um seine Stärke, Sicherheit und Freiheit".

01510

29

Prager Presse. 18.Jg., Nr. 133, S.4. 22.Mai 1938.

Abg. B e r a n : Wir bewahren Ruhe.

Prag, 21.Mai. Heute vormittags fand die Jahresgeneralversammlung der Československá ústřední domovina statt. Der Vorsitzende der Republikanischen Partei Abg. Rudolf B e r a n verwies auf die Ruhe und Besonnenheit der Landbevölkerung, die auch in diesem Augenblicke, wo die Repräsentanten der Republik gewisse Präventivmassnahmen zur Sicherung der Staatsautorität treffen, damit die Republik weder von innen noch von aussen bedroht werden könne, Ruhe bewahre.

"Denjenigen, welche gewisse Phantasien verbreiten, raten wir, mehr Ruhe zu bewahren und ohne Sorge darüber zu sein, dass uns etwas überraschen könnte, worauf die verantwortlichen Faktoren dieses Staates nicht vorbereitet wären."

40 Jahre landwirtschaftliche Genossenschaften.

Die Festversammlung des Zentralverbandes im Prager Gemeindehaus.

Ing. Klindera erinnert daran, dass die Feier zugleich eine Huldigung für den tschechoslowakischen Staat sein solle, dessen 20jährigen Bestand die Nation im heurigen Jahr feiert.

"Durchdrungen von unbegrenztem Vertrauen zu unseren politischen Führern, denen die Aufgabe zufällt, unser Staatsschiff durch die bewegten Wellen nationalistischer Klippen in die Bucht des Friedens zu führen, den wir für unsere weitere konstruktive Arbeit so dringend brauchen, erklären wir feierlich, dass auch wir im Rahmen unserer, durch 40 Jahre so erfolgreich entfalteten genossenschaftlichen Tätigkeit die wirtschaftlichen Grundlagen unserer Republik festigen wollen und dass - so sehr wir auch den Grundsatz der Aufrechterhaltung des Friedens verteidigen, der zur Wiedergutmachung des unendlichen, durch den Weltkrieg verursachten Leids notwendig ist - die Millionenarmee landwirtschaftlicher Genossenschaftler wie ein Mann die Waffen ergreifen wird, um bis zum letzten Atemzug die U n a n t a s t b a r k e i t u n s e r e r G r e n z e n , die Unabhängigkeit unseres jungen Staates und die Freiheit und Demokratie unseres Volkes zu verteidigen." (Stürmischer Beifall).

"Wir benützen diese Gelegenheit, um im Namen der Hunderttausende von Mitgliedern unserer Raiffeisenkassen und Genossenschaften dem Repräsentanten des tschechoslowakischen Staates, unserem Präsidenten Dr. Edvard Beneš, die warmen Gefühle unserer Ergebenheit, Achtung und Dankbarkeit zu verdolmetschen und ihm aus der Mitte unserer Festversammlung folgende Begrüßungskundgebung zu senden:

"Herr Präsident! die Teilnehmer der zur Feier der 40jährigen erfolgreichen Tätigkeit des grössten tschechoslowakischen Genossenschaftsverbandes, des Zentralverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Prag, abgehaltenen Festversammlung entbieten ihre begeisterte Huldigung der Tschechoslowakischen Republik und erklären feierlich, dass sie nach allen ihren Kräften auf der Grundlage der bewährten Grundsätze der Selbsthilfe, so wie bisher, auch weiterhin und stets in Zukunft auf die ständige Festigung der wirtschaftlichen Grundlagen des Staates und auf die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Hebung der breiten Schichten des Landvolkes hinarbeiten werden. Zugleich erklären wir feierlich, die Freiheit und Einheitlichkeit unseres Staates gegen jeden, der diese teuersten Güter unserer Nation bedrohen würde, bis zum Äussersten verteidigen zu wollen. Der Zentralverband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Prag gedenkt, Herr Präsident, mit grösster Dankbarkeit aller Ihrer grossen Verdienste um unseren Staat, er vertraut fest auf Ihre staatsmännische Weisheit, mit der Sie die Geschicke unseres Staates auf den Wegen der Sicherheit und Entfaltung leiten, er huldigt Ihrem Lebenswerk und wünscht Ihnen feste Gesundheit und Kraft für Ihre überaus schwere Arbeit zum Wohle und zur Blüte des freien tschechoslowakischen Staates."

Abg. Beran schloss die Versammlung mit folgenden Worten: "Ebenso wie Sie sich auf die politische Organisation stützen, welche wann immer Ihnen Gefahr droht, die Pflicht fühlt, sich Ihrer Interessen anzunehmen, ebenso stützen sich die Politiker und die Armee der Švehla-soldaten auf jene grosse genossenschaftliche Gemeinde, welche unserer Republik schon eine Millionenarmee von Genossenschaftlern gegeben hat. Ich kann nicht anders schliessen, als indem ich Ihnen zurufe: Wir mit Euch und Ihr mit uns für die Landwirtschaft, für unser Volk und für einen starken Staat!" (Lebhafter Beifall).

32

25. Juni 1948.

Anlässlich der Feiern zum 20jährigen Bestehen der
Tschechoslowakischen Republik wurde B e n e s c h
zum Ehrendoktor der landwirtschaftlichen Hochschule
in Brünn ernannt.



01515

25
33
Prager Presse und Venkov vom 2. Juli 1938.

(18. Jg. Nr. 167, S. 2) (33. Jg. Nr. 154, S. 1/2).

Zustimmung zu Dr. Hodža.

Tagung der Republikanischen Partei.

Parteiobmann Abg. B e r a n stellte fest, dass der Vollzugsausschuss in den Tagen des X. Sokolkongresses zusammengetreten ist und dass die Mitglieder der Partei zu Zehntausenden aktive Mitglieder des Sokol sind. Mit Begeisterung wurde der Antrag Berans angenommen, dem Vollzugsausschuss des Sokolkongresses ein Begrüssungstelegramm zu schicken. Der X. Sokolkongress bedeutet auch die slawische Gemeinsamkeit.

Die Durchberatung der Regelung der Nationalitätenfragen, setzte er fort, wird auf die Entwicklung der Ereignisse in der Republik einen grossen Einfluss haben. Es geht darum, dass wir die schwersten Probleme, die uns die Zeit auferlegt, so lösen, dass der Staat keinen Schaden nimmt. Man wird im Einvernehmen mit allen Parteien und mit der ganzen Nation und mit allen Verfassungsfaktoren so viel geben müssen, um den Frieden zu erhalten und um die ganze Welt zu überzeugen, dass das Recht auf unserer Seite ist. Ebenso muss man ängstlich darüber wachen, dass die Gesamtheit der Republik und die Integrität der Freiheit des Staates nicht bedroht werden. Wir sind und werden vorbereitet sein und werden Bereitschaft halten. Vor allem wünschen wir dem Ministerpräsidenten Dr. Milan H o d ž a , seine Gesundheit möge standhalten, denn auf ihm und seiner Regierung liegt die Last des Schicksals von Nation und Staat.

Ebenso können die übrigen Minister mit unserer aufrichtigen Unterstützung rechnen. Wir vertrauen ihnen und stehen zu ihnen.

39

Laut Venkov vom 26. Juli 1938 enthüllte B e r a n
das Žižka-Denkmal in Čerčejev. Bei der Enthüllung
sagte Beran:

"So wie der tschechische Granit des Žižka-Denkma-
les hart ist, so hart sollen auch unsere Kraft
und unser Willen bleiben, die Unabhängigkeit un-
seres Staatss zu verteidigen."

01310

35

Rudolf B e r a n im Venkov vom 1.I.1939.

"Nationale Einheit" (Auszug).

"In jenen Tagen der nationalen Tragödie gingen mir Gedanken über die verschiedenen Seiten der Volksgeschichte durch den Kopf. Wie vielgestaltig, schwer und verschieden ist sie von der Geschichte anderer Völker ... In ihr ~~waren~~ mehr Tragödien enthalten, als zu ertragen waren, um dabei den Glauben an ein eigenes Volksleben erhalten zu können. Selten waren darin die Zeiten der Ruhe und des Glücks, es gab viel mehr Kapitel des Leidens, der Erniedrigung, eigener blutiger Zwiste und Kämpfe mit den Fremden. Die Siege wechselten ab mit schweren Niederlagen. Wir erlebten heftige religiöse Kämpfe bei uns und mit der ganzen damaligen Welt. Wir waren ein tributpflichtiger Staat gegen das Ausland und gleichzeitig Bestandteil eines anderen Reiches; wieviel Trotz und Willen mussten aufgebracht werden, um den Verführungen der Fremden zu widerstehen! Wir hatten eigene Herrscher und riefen fremde. Wir wurden einander fremd und die Fremden zwangen den überwiegenden Teil des Volkes in Leibeigenschaft und Untertänigkeit. Wir waren in der Knechtschaft und gelangten wieder zum Grenzstein der Freiheit; in der Freiheit unterlagen wir wieder Irrtümern und der alten Uneinigkeit. Wir haben oft gefehlt und doch konnten nicht einmal 1000 Jahre den unnachgiebigen Geist des nationalen Gewissens brechen. "

^{mit}
Für den Rücktritt B e r a n s von dem Posten des Ministerpräsidenten war die ungenügende Kenntnis der deutschen Sprache nicht ausschlaggebend. (Anlage Nr.K-1)



01530

K.1
37

Nach dem Wortlaut des amtlichen Kommuniqués vom 27. April 1939 hat der Staatspräsident Dr. Emil H á c h a "die bisherige Regierung, die im Zustande der Demission war, entlassend, den General Eliáš zum Ministerpräsidenten ernannt".

↳ In politischen Kreisen in Prag und insbesondere bei den ausländischen Journalisten war damals bekannt, dass B e r a n seit dem 15. März 1939 bestrebt war, bei erster Gelegenheit sich seines Amtes als Ministerpräsident zu entledigen oder entlassen zu werden. >

Ausschlaggebend war keinesfalls der Umstand, dass er die deutsche Sprache ungenügend beherrschte.

B e r a n hat es von jeher vorgezogen - was auch seine ganze Karriere beweist - als Parteiobmann, als Drahtzieher, hinter den Kulissen zu wirken, um sein Doppelspiel weiterführen zu können.

Bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften, insbesondere bei der Vielzahl der während seiner kurzen Amtszeit in allen wichtigen Posten eingesetzten Funktionäre der Agrarpartei war er sich seines massgeblichen Einflusses auch weiterhin sicher, ohne mit einer Verantwortung belastet zu sein.

Insbesondere im Pressesektor fühlte sich B e r a n sicher.

B e r a n war der Ueberzeugung, dass er der "kommende Mann" sei, wenn eines Tages die deutsche Politik "Schiffbruch" erlitten haben werde. In diesem Sinne hat sich B e r a n nahen Mitarbeitern und Vertrauensleuten gegenüber ausgedrückt (Schriftleiter Dr. Vilinský - Česká korespondence).

Rudl

Es ist richtig, dass B e r a n im Herbst 1938 die Notwendigkeit betonte, zum Deutschen Reich ein gutes Einvernehmen herzustellen. Ebenso betonte er aber auch, dass es notwendig sei, die guten Beziehungen zu England, Frankreich, Polen, Ungarn, Rumänien, u.s.w. aufrecht zu erhalten.

Die Behauptung Berans, dass es ihm gelang, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, ist durch die in den Strassen Prags stattgefundenen Ausschreitungen gegen Deutsche widerlegt. Auch nimmt Beran zu Unrecht für sich den Verdienst in Anspruch, die "Demobilisierung" der tschechischen Armee durchgeführt zu haben. Gerade hinsichtlich der Armee tritt das Doppelspiel Berans deutlich zu Tage. (Anlage Nr.H-1, H-2, ~~H-3~~, H-4)

Es ist richtig, dass der Vorsitzende der landwirtschaftlichen Genossenschaften, Ing.Klyndera, an der Bauerntagung in Goslar im Jahre 1938 teilnahm. Derselbe Klyndera setzte sich jedoch kurz vorher für einen engen Zusammenschluss der slawischen Völker ein und veranstaltete eine Ergebniskundgebung für Dr.Benesch. (Anlage Nr.H-3)

In der Regierungserklärung vom 13.Dezember 1938 tritt zwar Beran für eine Zusammenarbeit mit Deutschland ein. Ebenso aber fordert er ein gutnachbarliches Verhältnis zu Ungarn und Polen und eine Freundschaft zu Rumänien und Jugoslawien. In den vorhergehenden Ausführungen führt Beran Klage darüber, dass auch Gebietsteile an das Reich abgetreten werden mussten, die seit Menschengedenken national tschechischer Besitz waren. (Anlage Nr.H-4)

Brázda-Artikel vom 9. November 1938.

Unter der Ueberschrift "Wie die Zweite Republik aufgebaut werden soll" veröffentlicht die Agrarpartei ein ganz allgemein gehaltenes Aktionsprogramm.

Bezeichnend für den Geist sind folgende Stellen:

Einleitung:

"Wir leben in schweren Zeiten. Die Teilung der Tscheche-Slowakei, die innere Verfassungsänderung und die Notwendigkeit einer neuen Orientierung in der Aussenpolitik sind die grundlegenden Tatsachen, die unsere Entwicklung bestimmen werden."

Aussenpolitik:

"Unserer geographischen Lage und unserer wirklichen Bedeutung und Stärke bewusst werden wir freundschaftliche Beziehungen und kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit allen Staaten anstreben, vor allem mit Deutschland und den mitteleuropäischen Staaten."

Armee:

"Die Neutralität, die der Zweiten Republik durch ihre geographische Ausdehnung und exponierte Lage in Mitteleuropa diktiert wird darf nicht heissen, dass die Armee überflüssig wäre. Wir müssen um jeden Preis unsere Wehrmacht erhalten. Die Wehrmacht neben einer guten Aussen- und Innenpolitik ist und bleibt die Garantie unserer staatlichen Selbständigkeit und Freiheit."

B e r a n auf einer gemeinsamen Sitzung des Präsidiums, der Parlamentarier und der Vertrauensleute der Agrarpartei am 3. Oktober 1938:

Er sprach den Dank an die Armee aus und betonte, es sei unbedingt notwendig, dass an die Frage der Offiziere, Militärgagisten und Längerdienenden, sowie der Gendarmen, der Finanzwache und der Staatspolizei gedacht werde, deren Dienste der Staat auch weiterhin in unverändertem Masse brauchen werde.



01530

Derselbe Vorsteher der Centrokooperative und des Zentralverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften, den B e r a n im November 1938 zur Bauerntagung nach Goslar entsandt hat, hat am 24. Mai 1938 in Prag gelegentlich der Generalversammlung des Slawischen Institutes die "praktische Zusammenarbeit der slawischen Länder im Bereich der Landwirtschaft" vertreten.

" Nach einleitenden Bemerkungen über die Rolle der Landwirtschaft bei den slawischen Völkern erinnerte er daran, dass das tschëchische landwirtschaftliche Genossenschaftswesen bereits im ehemaligen Oesterreich-Ungarn an der Spitze der Entwicklung gestanden habe und dass seine Vertreter schon damals in Beziehungen zu den Vertretern des polnischen, slovenischen und kroatischen Genossenschaftswesens gestanden hatten. Erst die Wiedererlangung des eigenen Staates aber habe es ermöglicht, eine eigene Reichszentrale für alle landwirtschaftlichen Verbände zu schaffen und in praktische Beziehungen zum Genossenschaftswesen des Auslandes, namentlich des slawischen, zu treten." (PRAGER PRESSE Nr. 135 vom 25. Mai 1938.)

H. 4

42

Laut VENKOV führte der Regierungsvorsitzende B e r a n
in seiner am 13. Dezember 1938 abgegebenen Regierungser-
klärung vor allem Klage darüber, dass "auch Gebietstei-
le abgetreten werden mussten, die seit Menschengedenken
national tschechischer Besitz waren."

Im Besonderen spricht Beran seinen Dank der Armee aus.

01332

1938

Zu " G ".

93

Es ist nicht richtig, dass sich B e r a n in den kritischen September-Tagen auf das Entschiedenste gegen die Kriegshetzer wandte und in schärfsten Widerspruch zu Benesch geriet. (Anlage Nr. G-1, G-2, G-3)

01552

G.1
44

Unmittelbar vor der Münchner Konferenz veranstaltete der damalige Havas-Korrespondent in Prag, H u n t z b ü c h l e r, eine Umfrage bei allen Parteivorsitzenden über ihre Stellungnahme zu den deutschen Forderungen.

Jeder der Vorsitzenden schickte daraufhin eine schriftliche Erklärung an Huntzbüchler, die als Interview veröffentlicht werden sollte.

In der Formulierung waren diese Erklärungen zwar unterschiedlich. Alle Parteivorsitzenden erklärten jedoch übereinstimmend die deutschen Forderungen für unannehmbar und gaben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, die Integrität der csl.Republik mit der Waffe zu verteidigen.

Ich erinnere mich genau daran, dass auch B e r a n eine solche Erklärung abgegeben hat.

Von dieser von Huntzbüchler veranstalteten Umfrage habe ich durch Indiskretion einer seiner Angestellten Kenntnis bekommen. Die von Beran unterfertigte Erklärung habe ich selbst gesehen und gelesen.

Ich bin bereit, dies unter Eid auszusagen.

So weit ich mich erinnern kann, wurden die Interviews nicht mehr veröffentlicht, da inzwischen die Münchner Konferenz stattgefunden hatte.

Rudl.

g. 2
45

Volle Wahrung der Lebensinteressen.

Volle Einigkeit aller massgebenden Faktoren.
Prag, 19. September.

Nachmittags um 16 Uhr fand die zweite Sitzung des Ständigen Ausschusses statt.

"Im Anschluss daran referierte Abg. B e r a n über die von der Regierung verfügten ausserordentlichen Massnahmen für das ganze Staatsgebiet. Er begründete sie dahin, dass nach dem 12. September in mehreren Orten solche Ereignisse eingetreten sind, dass es sich aus Gründen der Erhaltung der Ruhe und Ordnung unerlässlich notwendig erwies, zu diesen ausserordentlichen Massnahmen zuzugreifen, welche die bürgerlichen, durch die Verfassung garantierten Freiheiten beschränken. Es bedürfe keiner ausführlichen Begründung, dass die getroffenen Massnahmen zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung sowie der notwendigen Staatsautorität zuhöchst erforderlich waren."

g.3
46

Im Venkov vom 29. September 1938 lässt Beran anlässlich der Münchner Konferenz das Gerücht "aus Nordböhmen" dementieren, demzufolge er nach Berlin abgereist sein soll, um mit der deutschen Regierung zu verhandeln.

Stube

Blahov

original!



Handwritten notes in blue ink, partially obscured by the stamp. The text is difficult to decipher but appears to contain dates and names, possibly related to the historical context of the document.

47

Pomáhat navzájem! Konf

Nástup do služby obrany vlasti nezasáhl všechny venkovské rodiny stejně. Jsou případy, kde jest citelná nouze o lidské síly i potažní. Víme, že ženy pracují dnes jako muži. Ale přece jen v některých případech jest potřeba výpomoci rukou mužskou a potažní. Prošla-li mobilisace přímo skvěle, musí i druhá mobilisace: zasetí a sklizeň bramborů, řepy atd. rovněž dobře projíti.

Na vesnicích sami znáte, kde zvlášť jest potřeba, aby jeden druhému vypomohl. Není zvlášť potřeba vybízet k vzájemné pomoci. Ale tam, kde sami vidíte nutnost výpomoci neb spolupráce a můžete-li tak učiniti bez újmy ve vlastním hospodářství, neodmítněte dobrovolné pomoci.

Na vesnicích pracují dnes hlavně ženy a starší mužové; platně vypomáhají děti. Vesnice nezná neklidu, rozčileného debatování. Je potřeba zasít, je potřeba sklídit. To je starost nej-přednější. Kde se ještě nedávno ozývaly stranické neb jiné spory, utichly. Musí tak býti všude a trvale. Jsme-li nenávidění zahraničním odpůrcem, dvojnásob musíme přilnouti už k sobě. Umlčujte nerozvážné kritiky a šířitele poplašných zpráv! Umlčte ty, kdož by ještě dnes chtěli vesnice zneklidňovati jakýmikoli hesly a výmysly. Naše armáda jest vzorem upřímného bratrství. Takový musí být celý národ, takovým musí býti především náš venkov. -1-

Nepřavdivá zpráva o předsedovi posl. Beranovi.

V Praze 28. září.

Dnes se rozšířila v německých krajinách severních Čech ve veřejnosti naivní zpráva, že předseda Republikánské strany poslanec Beran odjel do Berlína, aby vyjednával s říšskoněmeckou vládou. O čem má jednat, to, bohužel, tato propaganda nesdělila. Není ovšem vyloučeno, že než rozhlas tuto zprávu vydá, nepřavdivá propaganda bude snad již o krok dále a bude rozšiřovat „zaručené“ pověsti o výsledku jednání. Můžeme naši veřejnost ubezpečit, že co slovo, to lež. Poslanec Beran není v Berlíně, nýbrž obědval dnes klidně v kruhu svých přátel v Praze a účastní se v této chvíli porad vlády a předsedů státoporných stran u presidenta republiky.

V mezinárodně udála se včera se

Britský ministr
bídí kancléři Hitl
odjede do Něme
časné požádal
k této poradě pi

Poselství br
předsedy Cham
zní takto:

Zaslal jsem
slední výzvu, ab
pro rozřešení s
o němž jsem pi
býti rozhodnut
a že Hitler by
meckou většinou
zaručena ochra
Němců, tak i Če
bídí jsem mu, že
Berlína k diskus
stupci německým
si kancléř toho
Itálie a Francie.
míte německém
ochoten dáti se
povati, a že ho v
návrh. Tím bu
rody ušetřeny v
ručil, že sliby
budou provedeny
by bylo možno
hody.

Chamberlain
Mussolinimu a
Mussolini dal
novi, že bude t
podporovati.

Spojil se p
s kancléřem Hitl
odročil svou akc
aby odložil příj
o 24 hodiny, a p
čtyř velmocí
chova, která s
Všichni poz
zvaní. Muss
Mnichova v
Ciana. Cham
dnes ráno.

V anglické
Chamberlain

Jedu, aby
niti jako posle

Ve sněmovn
které tato ještě
poslanci se snaží
sterskému přede

Es ist richtig, dass B e r a n in einem Artikel auf der 3.Seite der Neujahrsnummer 1938 (nicht 1939) des VENKOV * darauf hinwies, dass 1 1/4 Millionen Deutsche in der Republik leben und erklärte, dass damit gezählt und die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen werden müssten. Der Ausspruch: "Wir wollen eine Vereinbarung ^{um den Preis} voller Zugeständnisse" ist in dem Artikel nicht enthalten. (Anlage Nr.E-1)

In der CSR war der Parteihader besonders entwickelt. Die Agrarier standen von jeher im Mittelpunkt des Feuers. Im Zusammenhang mit dem angeführten Artikel stellt sich Beran daher zu Unrecht als Märtyrer hin.

Es ist richtig, dass Beran am 24. Januar 1938 eine öffentliche Versammlung im Lucerna-Saal einberief und bei dieser Gelegenheit erklärte, dass er "alle in seinem Artikel vertretenen Anschauungen aufrecht erhalte und kein Wort widerrufe".

01810

Derartige Versammlungen waren jedoch nichts Aussergewöhnliches. Beran hielt es jedoch für notwendig, sich in seinen Ausführungen auch auf Benesch zu berufen und eine im August 1936 in Reichenberg gehaltene Rede anzuführen, in welcher Benesch erklärte, dass er "Mittler und Helfer beider Seiten sein wolle und sich in Reichenberg ebenso gut wie in Prag fühle". (Anlage Nr.E-2)

Unter dem Titel "Der Republik wünschen wir Ruhe und Frieden im Innern und Aeussern" veröffentlichte B e r a n in der Neujahrsnummer 1938 des Venkov auf 3ter Seite einen Artikel, in dem er für einen Zusammenschluss aller "staatsbildenden Parteien" eintritt.

In dem Artikel heisst es u.a.:

"Unsere Verständigung insbesondere mit den Deutschen muss ehrenvoll und beiderseitig ehrlich sein. Wir dürfen die Verzweigung der deutschen Bevölkerung bei uns nicht übersehen. Wenn bei unseren demokratischen Wahlregeln mehr als 1/4 Millionen deutscher Wähler der SdP ihr Vertrauen gegeben haben, so muss man damit rechnen, und daraus die nötigen Schlüsse ziehen.

Hier kann man sich nur ehrlich verständigen. Die Deutschen müssen unseren Staat anerkennen, sie dürfen nicht nach der Grenze schielen und müssen dort, wo sie führen, den tschechischen Elementen die Möglichkeit der Vertretung geben, so wie wir den Deutschen das geben müssen, was ihnen in der Verwaltung des Staates gehört. Es ist nicht möglich, alle Deutschen, wenn sie sich zu einer bestimmten politischen Seite bekennen, als Hochverräter zu bezeichnen."

Etwas weiter aber schreibt B e r a n :

"Die Angehörigen aller nationalen Minderheiten bei uns wissen, dass in Augenblicken der Gefahr, die ganze tschechoslowakische Nation zusammensteht und imstande ist, zu Millionen zu verbluten und für den Staat und seine Freiheit zu sterben."

59

Der Rest des Artikels ist nichts als eine Lobhymne auf die Agrarpartei.

Zur Aussenpolitik schreibt B e r a n weiter:

"In der Aussenpolitik wollen wir ein gutes Verhältnis zu den Nachbarn. Wir wollen uns nicht in innere Verhältnisse der Nachbarn mischen, ebenso wie wir nicht wollen, dass sie sich in unsere Verhältnisse einmengen. Já pán, ty pán (Ich Herr, Du Herr) - dieser Grundsatz soll auch für unsere Beziehungen zu den Nachbarn gelten."



E. 2.
52

Versammlung in der Lucerna am 24. Januar 1938 unter dem Motto:

"Sagt dem Volke die Wahrheit!"

Zunächst kommt B e r a n auf seinen Artikel vom 1. Januar 1938 zurück, den er wörtlich verliest. Im weiteren Verlauf seiner Rede verteidigt er sich gegen Angriffe der Kommunisten und der Volkspartei. Sodann zitiert Beran die im August 1936 in Reichenberg gehaltene Rede von B e n e s c h, der damals sagte, dass er Mittler und Helfer beider Seiten sein wolle, und sich in Reichenberg ebenso gut wie in Prag fühle.

B e r a n verwarft sich sodann gegen den Vorwurf, dass er ein totalitäres System anstrebe. Mit der tschechoslowakischen Ausfuhr nach Frankreich und Russland ist Beran unzufrieden. Ebenso mit der Betätigung der Emigranten, da sie auch gegen die Agrarpartei gerichtet ist. Beran befasst sich ferner mit dem Problem der "hraničari" (Grenzler), die Arbeit und wirtschaftliche Hilfe benötigen.

B e r a n s Rede endet mit der Feststellung, dass das Volk Offenheit und Klarheit haben wolle und mit der Versicherung, dass er sich für eine Zusammenarbeit aller staatsbildenden Schichten einsetzen werde.

Diese B e r a n - Rede wurde als Broschüre herausgegeben und am 6. Februar 1938 im Venkov in grosser Aufmachung besprochen. (es handelt sich also nicht um eine neue Schrift von Beran).

Reformu správy.

Republice do dvacátého roku přejí především klid a mír, kterého její obyvatele tolik potřebuje k tvořivé práci, aby z ní státu mohlo dát svůj podíl k plnění velikých celostátních úkolů. Přejí jí dále, aby všechna říša, vrozená do státního rozpočtu na rok 1938 vyšla také ve státní účetní závěře a aby panu ministru financí ještě něco zbylo. Bude toho v roce 1938 nálezavě potřebovat.

Smím-li pak republiku v jubilejním roce ještě něco přát, je to přání a touha po realizaci reformy správy, od jejíž rozumného vyřešení závisí rychlejší chod administrativy, které od roku k roku hrozí rostoucí tempem, které stát není s to vydržet.

Také ve státních správních výkonech musí být nalezena hranice, kterou nelze překročit. Administrace netvoří, nýbrž jenom spravuje. S pracujícím obyvatelstvem dělí se o výkon jeho práce. Otě je administrativa dražší, o to je sociální úroveň obyvatele nižší. Proto je příkazem hospodářské moudrosti, uspořádat organizaci veřejné správy co nejúsporněji. To je možno odstraněním komplikovanosti, zbytečného písařství, umělého dělení úředních úkolů, jen za tím účelem, aby se odůvodnila existence nábytných oddělení a jejich přednost.



Prof. Dr. KAREL ENGLIŠ,

guvernér Národní banky.

Mír ve všem.

Vysocce vážený pane šéfredaktore, těžte se mne:

Co přejí republice k dvacátému výročí.

Odpovídám: Mír na venek. Mír a hospodářskou prosperitu uvnitř.

V politice vítězství zájmu veřejného a státního nad známým soukromým a stranickým.

Ve vzájemném styku slušnost a sdělnost.



Republice přejeme klid a mír vně i na veně.

— To je jistě přání naší republiky i boženství i národů. Naše přání jistě též.

Přejeme-li však klid a mír vně i na veně, musíme se o to přičinovat, aby vně i na veně to v naší moc, klid a mír začalo. To tedy znamená, hledat cestu k dohodě a k přátelskému soužití doma a nedávat zbytečně nikomu příčinu k rušení míru na venek. Doma musíme hledat cesty, které vedou ke spolupráci všech státoprávních složek. Ve dvacátém roce mělo by být naší snahou soustředit všechny státoprávní strany ke společné správě našeho státu a ke společné odpovědnosti. Má to bezesporu mnohé obtíže — ale má to také mnohé výhody. Cím více stran — tím těžší jednota a vedení státu. Cím je ale větší jednota a odpovědnost za vedení státu — tím jsme silnější na venek vůči cizinci. Pokládám bych proto za velmi správné, kdyby bylo možno rozšířit koalici o národní sjednocení a o stranu lidovou.

Také náš poměr k menším národům upraví. Je nutno pokračovat v duchu přání předsedy vlády dr. Hodži, provedeném známým usnesením vlády 18. února.

Dohoda naše, zejména s Němci, musí být důstojná a oboustranně povinná. Kdyby se dohodovali čeští a němečtí zemědělci, jistě by již byli dohodnuti. Nesmí se přezírat, jaké je rozložení německého obyvatelstva u nás. Když při našich demokratických volebních fidech projevil více než 1 1/2 milionu německých voličů důvěru straně S. D. P. — nutno s tím počítat a nutno z toho dělat příslušné závěry. Tady zastírání skutečnosti nebo jakékoli zkreslování může jen škodit. Tady je možno jen povětrně se dohodnout. Němci musí uznávat náš stát — nesmí sáhat za hranice, a musí tam, kde oni vedou (v obcích a různých institucích), dát možnost zastoupení českému živlu — tak jako my musíme dát Němcům, co jim patří ve správě státu. Není možno pokládat všechny Němce, když se hlásí k určité politické straně, za velezrádce. Než také vykládat za hrdinny čim, když místopředseda poslanecké sněmovny nedá lístek do sněmovny jiné úřední strany, která dostala ve státě největší počet hlasů. Tak bychom k dohodě nedošli.

— To je jistě přání naší republiky i boženství i národů. Naše přání jistě též. Přejeme-li však klid a mír vně i na veně, musíme se o to přičinovat, aby vně i na veně to v naší moc, klid a mír začalo. To tedy znamená, hledat cestu k dohodě a k přátelskému soužití doma a nedávat zbytečně nikomu příčinu k rušení míru na venek. Doma musíme hledat cesty, které vedou ke spolupráci všech státoprávních složek. Ve dvacátém roce mělo by být naší snahou soustředit všechny státoprávní strany ke společné správě našeho státu a ke společné odpovědnosti. Má to bezesporu mnohé obtíže — ale má to také mnohé výhody. Cím více stran — tím těžší jednota a vedení státu. Cím je ale větší jednota a odpovědnost za vedení státu — tím jsme silnější na venek vůči cizinci. Pokládám bych proto za velmi správné, kdyby bylo možno rozšířit koalici o národní sjednocení a o stranu lidovou.

Uplatňují, pak u některých politických stran ubíhí ve znamení touhy i práce, jak oslabit Svého republikánskou stranu zemědělskou a malorošnickou lidů. Lítili toho velmi, i když mohu s radostí konstatovat, že se to nepodařilo. Spíše nás to posililo a zocelilo. Je to ale loupě a státu škodlivé, když i vážní politikové a redaktori mluví a píší, že republikánská strana je síce pro stát dobrá, ale — že by měla být slabší. Když k tomu vidíme, jak se obojí s odstavou spojuje všude, kde jde o možnost oslabit republikánskou stranu, a jak tato nezávisť poškozujee zemědělství — kořen a piliř národa i státu — pak je to více než na pováženo.

Zapomnělo se u nás příliš brzy, kdo v našem státě byl a je fundamentem klidu a pořádku. Zapomnělo se, kdo u nás znezmocnil vniknutí komunismu do vesnic a kdo zamezil rozmachu fašismu po vítězství hitlerismu v Německu. Mnozí politikové i některé strany, měl by zpytvatí trochu svědomí.

Prál bych si, aby v nastávajícím roce bylo více mezi stranami vzájemného pochopení. Zemědělský lid je schopen nejúžší loyální spolupráce. Je ovšem také připraven svesti jakýkoliv boj, když někdo bude chtít Svého lidu — republikánskou stranu — rozvrátit nebo oslabit. Rolnický lid Československa z tonioho boje poražen nepojde.

V zahraniční politice chceme dobrý poměr se sousedy. Nechceme se plést do vnitřních poměrů sousedů, jako nechtíme, aby oni zasahovali do poměrů

našich. — To je jistě přání naší republiky i boženství i národů. Naše přání jistě též. Přejeme-li však klid a mír vně i na veně, musíme se o to přičinovat, aby vně i na veně to v naší moc, klid a mír začalo. To tedy znamená, hledat cestu k dohodě a k přátelskému soužití doma a nedávat zbytečně nikomu příčinu k rušení míru na venek. Doma musíme hledat cesty, které vedou ke spolupráci všech státoprávních složek. Ve dvacátém roce mělo by být naší snahou soustředit všechny státoprávní strany ke společné správě našeho státu a ke společné odpovědnosti. Má to bezesporu mnohé obtíže — ale má to také mnohé výhody. Cím více stran — tím těžší jednota a vedení státu. Cím je ale větší jednota a odpovědnost za vedení státu — tím jsme silnější na venek vůči cizinci. Pokládám bych proto za velmi správné, kdyby bylo možno rozšířit koalici o národní sjednocení a o stranu lidovou.

Je úkolem našich politiků a vlády, aby udělali vývojový přehled let minulých. Kde jsme šli dobře, tam je třeba pokračovat. Kde se staly chyby a kde jsme se mylili, tam zjedine nápravu. Nezástříme, že se mnohé naše předpoklady neplnily.

Poznáni, že nejlepší našim společením jsme my sami sobě — nemusí nás mrzet. My beztak byjeme mnohdy až až příliš důvěřivi. Budeme proto opatrnější i strážlivější v hledání přátel. — Budeme ale vždy držet slovu a daná slova. Silni doma a dohodnuti mezi sebou — nálezitě vyobrazení a opevněni — to je nejlepší cesta k nalezání přátel a společen.

A na konec ještě několik slov k hospodářské politice státu. Politická svoboda onírá se o hospodářskou sílu a hospodářskou naši neodvislost.

Proto pamatujme si výchval v nastávajícím novém roce:

»Můžeme jen tolik vydávat, kolik můžeme a doveďeme si vydělat.«

Tak to říkáme v parlamentní úsporné a kontrolní komisii tak je to svatá pravda.

Kdo chce pracovat a úspěchem k tomu, aby ministr financí nepředkládal další nové a nové osnovy zákonnů o nových daních — ten ať pomáhá a pracuje k úsporam ve státě: hospodářství. Kdo nechtí — ten připravuje nové daně. Tak je to a tak to bude i přístě.

Je třeba odpovědné spolupráce všech stran a celé státní administrativy. Je u nás — nerad to říkám — v této věci mnoho lehkomyšlnosti a neodpovědnosti. Dosud nejen v širokých vrstvách lidu, ale i u politiků nezakotvilo přesvědčení, že hospodářství se státním majetkem má být stejné, jako s majetkem vlastním. Bz mělo by hospodářství s cizím býti opatrnější a lepší. Také k tomu musíme všichni pracovat.

Máme všechny podmínky pro náš další kulturní a hospodářský rozvoj. Jen vím všeobecně dobré vůle — více vzájemného pochopení a mížného dokázání u nás divy. Věřim proto ve šťastný nový, jubilejní rok.

Prof. MUDR. J. BELEHRÁDEK,

děkan lékařské fakulty Karlovy university.

Silnou a plodnou sebedůvěru.

Do dvacátého roku přejeme republice, aby si uvědomila ve všech vrstvách svého lidu, že překonala těžkou dobu hospodářské deprese svou vlastní silou a kázni, a že tedy stejně překoná ze svých vnitřních sil i těžkou dobu nynější, ve které síce již ustupují zásluhám hospodářské, ale nastupují obavy o naši bezpečnost. A k tomuto přání silně a plodně sebedůvěry připojme ještě také to, aby nám bylo zachováno v plně svěží a v dobrém pracovním elánu těch několik mužů, za jejichž vedení naše společná loď práv bezpečně propula vlnou bouří.



Zu " D ".

59

Die Kandidatur von Professor Némec zum Präsidenten der
CSR war nur ein Manöver. Die Agrarier, mit Ausnahme von
2 Aussenseitern, gaben ihre Stimmen einheitlich für Be-
nesch. (Anlage Nr.D-1, D-2)



01210

01210

Am 21. November teilte Masaryk in einer Audienz dem Ministerpräsidenten Hodža seine unwiderrufliche Absicht mit, von der Präsidentschaft zurückzutreten, und empfahl Benesch als seinen Nachfolger. Die Agrarier als stärkste Partei erklärten, Benesch sei Vizepräsident der tschechischen volkssozialistischen Partei, also Parteimann; nur eine politisch ungebundene Persönlichkeit wäre tragbar. Plötzlich tauchte der Name des Präsidenten des überparteilichen Tschechischen Nationalrates, Prof. Dr. Bohumil Němec, auf. Vraný, der Exponent der Rechts-Gruppe innerhalb der Agrarpartei, war der erste, der ihn nannte; auf wessen Rat hin er dies tat, ist unbekannt geblieben. Lassen wir über die weiteren Geschehnisse einen jüdischen Geschichtsschreiber, Harry Klepetář, berichten:

„Gegen Ende November spitzte sich die Krise außerordentlich zu. Die Bemühungen Hodžas in seiner eigenen Partei blieben vergeblich, und man sah das folgenschwere Ereignis, Kampf abstimmung bei der Präsidentschaftswahl, Aufspaltung der Bevölkerung in eine Rechte und Linke, herannahen. Die Nervosität bei den leitenden Staatsmännern nahm von Tag zu Tag zu. Ruhig blieb allein Beneš“ (Harry Klepetář, „Seit 1918 . . . , Eine Geschichte der Tschechoslowakischen Republik“. Verlag Julius Kittls Nachfolger, M.-Ostrau 1937. S. 397).



D.1

56

Die Haltung der Agrarier umreißt Klepetař mit folgenden Worten: „Beran billigte zur Überraschung vieler — zu denen wohl auch der Ministerpräsident Hodža gehörte — alle Vorschläge Vranýs, vor allem den, daß die Agrarpartei Prof. Němec zu ihrem offiziellen Kandidaten erhebe. Nun griff noch einmal Masaryk ein. Am 2. Dezember 1935 empfing er Beran auf Schloß Lana. Über die Unterredung ist nichts bekannt... Da sich Beran weder jetzt noch später für die Kandidatur Beneschs eingesetzt hat, läßt sich folgern, daß er Masaryk gegenüber keinerlei Verpflichtungen übernommen hatte und daß es dem Präsidenten nicht gelungen war, Beran für seine Pläne zu gewinnen“ (a. a. O. S. 398).

Němec spielte die Rolle eines hartnäckigen Gegenkandidaten, der die Benesch-Opposition auf seine Person konzentrierte:

„Inzwischen bemühte sich Hodža unaufhörlich, die Koalition in der Präsidentenfrage zu einigen. Er setzte seine Hoffnungen auf Prof. Němec, von dem er erwartete, er werde die Kandidatur gegen Benesch und damit gegen den Wunsch Masaryks nicht annehmen. Als Němec am 10. Dezember seiner Präsidentschafts-Kandidatur zustimmte, betrachtete Hodža seine Bemühungen als gescheitert“ (a. a. O. S. 400).

Doch die Lage wurde noch verworrener und dadurch scheinbar echter: „Am Mittwoch den 11. Dezember legte Prof. Němec den Vorsitz im Nationalrat nieder, um sich, wie er sagte, als schlichter Bürger und nicht als Präsident der nationalen Spitzenorganisation um das höchste Amt im Staate zu bewerben. Am Donnerstag, den 12. Dezember, kam es zur Krise im Nationalrat. In einer Präsidialsitzung erklärten die Vertreter der tschechischen Sozialdemokraten und Volkssozialisten, daß der Vorsitzende, Prof. Němec, die ihm obliegende Objektivität verletzt habe, indem er sich als Kandidat der Rechten gegen den Kandidaten des Präsidenten Masaryk und der Mehrheit des Volkes, Dr. Benesch, habe aufstellen



56a

lassen, weshalb sich die beiden sozialistischen Parteien aus dem Nationalrat zurückzögen. Ihnen schlossen sich die Vertreter der Legionäre an“ (a. a. O. S. 404).

Nun setzte das Spiel der Hochgradfreimaurer im Nationalrat ein: „Das Nationalrats-Präsidium ohne diese drei Gruppen sprach sodann die Überzeugung aus, daß die Kandidatur auf die Präsidentschaft das Recht jedes Staatsbürgers sei und daß daher kein Grund zu einer Resignation des Vorsitzenden Prof. Němec vorliege. Prof. Němec nahm dies zur Kenntnis, widerrief seinen Verzicht und kandidierte demnach bei der Präsidentenwahl als Vorsitzender des Nationalrats“ (a. a. O. S. 404).

Jetzt trat der 33^o-Freimaurer Dr. Přemysl Šámal in Aktion. Als Kanzler des Staatspräsidenten geleitete er am 14. Dezember den Ministerpräsidenten und die Vorsitzenden der beiden Kammern zu Masaryk nach Schloß Lana zur Audienz und verlas in feierlichem Abdankungsakt dessen Erklärung, die am Schluß folgenden Satz enthielt: „Gern möchte ich Ihnen noch sagen, daß ich als meinen Nachfolger Dr. Beneš empfehle. Ich habe mit ihm jenseits der Grenzen und zu Hause gearbeitet und ich kenne ihn“ (a. a. O. S. 406).

Klepetář fährt in seiner Schilderung fort:

„An demselben Tage, an dem T. G. Masaryk abgedankt hatte, wurde die Nationalversammlung zur Neuwahl des Präsidenten für den 18. Dezember 1935 in den Wladislaus-Saal einberufen. Für die Wahlkampagne blieben knappe vier Tage. Das agrarische Zentral-Organ, der „Venkov“, schrieb am 1. Dezember, die Agrarier und die Gewerbetepartei seien für einen unpolitischen Kandidaten und würden einen solchen im Präsidenten des Nationalrates Dr. Bohumil Němec vorschlagen. Die Empfehlung der Kandidatur Benesch's durch Masaryk sei privater Natur“ (a. a. O. S. 408).

Nun begann die Aushöhlungsaktion gegen die Wählerfront des Prof. Němec. Der Sokol und die Legionärgemeinde stießen



57

als erste vor und richteten an ihren wahlberechtigten Parlamentarier den Appell für die Wahl des Benesch. Die Reihen der Oppositionsgruppen schienen ins Wanken zu kommen, doch Němec tat nichts, sie zusammenzuhalten. Er suchte nur nach einem Prügelknaben, auf den die Schuld letztlich abgewälzt werden könnte, und glaubte, diesen in der Slowakischen Volkspartei zu finden. Pater Hlinka durchschaute den Schachzug und antwortete sofort mit einem Kommuniké, es sei mit den Kandidaten des sogenannten Bürgerblocks ein unaufrichtiges Spiel getrieben worden (!), als man die Schuldfrage auf seine Partei der slowakischen Autonomisten abwälzen wollte.

Die Maske war gefallen! Gegen Mitternacht vom 17. zum 18. Dezember, also nur Stunden vor dem Wahlakt, gab das Tschechoslowakische Preßbüro folgende Mitteilung aus:

„Prof. Bohumil Němec, der Obmann des Tschechoslowakischen Nationalrats, der von politischen Parteien zur Kandidatur aufs Amt des Präsidenten der Republik aufgefordert worden war, hatte die Bedingung gestellt, daß er die Kandidatur nur aufrechterhalten werde, wenn er der Kandidat der Mehrheit der tschechoslowakischen politischen Parteien sein werde. Das unentschiedene Verhalten einer politischen Partei veranlaßte Prof. Bohumil Němec, die verbleibenden politischen Parteien zu ersuchen, von seiner Kandidatur abzusehen, um die staatliche und nationale Einheit nicht zu schwächen“ (a. a. O., S. 409 f).

Der einzige Gegenkandidat war damit entfallen, nur wenige Stunden lagen noch bis zum Staatsakt, Benesch war der alleinige Wahlanwärter auf den Präsidentenstuhl der Republik! Am Vormittag des 18. Dezember 1935 fand im Wladislaus-Saal der Prager Burg die Wahlhandlung statt: 440 Stimmen wurden abgegeben, 340 lauteten für Benesch, 24 Nationaldemokraten wählten aus formlosem

57a

Protest Němec trotz dessen Rücktritt. 76 Stimmzettel waren leer, sie stammten von der Sudetendeutschen Partei, den tschechischen Faschisten und 3 unbekanntem Wählern, vermutlich Vraný und 2 weiteren rechtsgerichteten Agrariern.

Mit der Schilderung dieser Ereignisse schließt der jüdische Geschichtsschreiber Klepetář sein Buch. Es wurde 1937 kurze Zeit nach seinem Erscheinen verboten. Warum? Klepetář war doch treuer Anhänger der Linie Masaryk-Benesch. Hatte er etwa die Geschehnisse zu offen geschildert? Sollte diese bisher einzige Gesamtschau der Ereignisse um die Präsidentenwahl 1935 verwischt werden?

*

Im Staatsakt vom 18. Dezember 1935 mündete die Zersetzung des tschechischen Nationalismus. Maffia, Loge „Národ“, National-Großloge und Oberster Rat fanden nach jahrzehntelangem Wirken hier ihren Gipfelpunkt.

Alle haben sie dabei mitgewirkt, den „Mond“ der tschechischen Jugend in den Sattel zu heben: die Freimaurerei, das Judentum, der „Bruder ohne Habit“ von Lana, die Regierung, das Parlament, die Parteien, der Nationalrat, die Professorenclique der Hochschulen, die Legionäre, der Sokol. Wie ein Spuk ist alles vergangen!

Der alte Prager Golem ist wieder zerfallen zu einem Lehmhaufen. Nimmermehr wird er auferstehen.

01209

D.2.
58

Die Präsidentenwahl fand am 18. Dezember 1935 im Wladislaus-Saal der Prager Burg statt:

440 Stimmen wurden abgegeben, 340 lauteten für Benesch, 24 Nationaldemokraten wählten aus formlosem Protest Němec trotz dessen Rücktritt. 76 Stimmzettel waren leer, sie stammten von der Sudetendeutschen Partei, den tschechischen Faschisten und 3 unbekanntem Wählern, vermutlich Vraný und 2 weiteren rechtsgerichteten Agrariern.



80510

Es ist richtig, dass es in den Aussenausschüssen des Parlamentes der CSR häufig aus parteipolitischen Gründen zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen ist. Beran kann jedoch nicht von sich behaupten, der "von Benesch inspirierten Aussenpolitik entgegengetreten zu sein", weder hinsichtlich der Beziehungen zu Deutschland, noch bezüglich der Teilnahme an den Sanktionen gegen Italien und der Völkerbundpolitik.

Die Agrarier besetzten seit 1922 ununterbrochen den Posten des Ministerpräsidenten, waren immer durch 3-5 weitere Minister in der Regierung vertreten und beeinflussten als Koalitionspartei massgeblich die tschechische Politik. Alle während des Bestehens der CSR von Benesch und später von Krofta vorgetragenen aussenpolitischen Exposés wurden von der Agrarpartei genehmigt, insbesondere die Sanktionen gegen Italien, der Vertrag mit der Sowjet-Union und das "vorbildliche Minderheitsregime". (Anlage Nr.C-1, C-2)

01802

Prager Presse

Bilder vom Tage

Aus:
Gunnar
in J
Schwimmer
der Sowj
anias
rmee

Samstag, den 9. November 1935

Nr. 303

Annahme auch im Abgeordnetenhaus

Außenexposé genehmigt

Schwere Zusammenstöße zwischen Sozialisten und SdP
Staatsvoranschlag nächsten Donnerstag

Prag, 8. November. In Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. Hodža und der Regierung genehmigte das Abgeordnetenhaus heute mittags unter dem Vorsitz des Hauspräsidenten Malypetr mit einer großen Mehrheit das Exposé des Außenministers Dr. Beneš. Für das Exposé stimmten außer den tschechoslovakischen und den zwei deutschen Regierungsparteien die deutschen Christlich-sozialen und, zum ersten Male seit dem Bestande der Partei, auch die Kommunisten, die sich bereits im Laufe der Debatte für das Exposé aussprachen. Die Abgeordnetenbanken der Slowakischen Volkspartei, der Nationalen Vereinigung (Nationaldemokraten und nationale Liga), sowie die Bankreihen der Faslistengemeinde und der Magyaren blieben leer. Die Koalitionsparteien antworteten auf das Abstimmungsergebnis mit ostentativen Beifallskundgebungen. Minister Dr. Beneš dankte aus der Ministerbank durch Verneigen in die Reihen der Regierungsabgeordneten.

C. 1.

H o d ž a wurde am 5. November 1935 zum Ministerpräsidenten ernannt. Am gleichen Tage hielt Dr. B e n e s c h ein Exposé über die aussenpolitische Lage und die letzten Verhandlungen in Genf. Das Exposé umfasste:

- den abessinischen Konflikt,
- Sanktionen gegen Italien,
- Vertrag mit der Sowjet-Union und
- das "vorbildliche Minderheitsregime".

Die PRAGER PRESSE vom 6.11. hebt hervor, dass Dr. Benesch durch herzlichen Händedruck von den Ministern Dr. Hodža und Dr. Černý beglückwünscht wurde.

Vertrag mit der Sowjet-Union abgeschlossen am 16. Mai 1935.

Laut PRAGER PRESSE vom 7.11.1935 gab am 6.11. nach Beginn der Aussprache über das Aussenexposé im Namen und unter dem ostentativen Beifall der Regierungsparteien der Obmann der tschechoslowakischen Sozialdemokraten, Abgeordneter H a m p l, eine Kollektiverklärung ab, in welcher die Regierungsparteien ihrer vorbehaltlosen Zustimmung zu dem Exposé des Aussenministers und zur tschechoslowakischen Aussenpolitik Ausdruck geben.

Eine gleichlautende Erklärung wurde vom Agrarier, Senator D o n a t, im Namen aller koalitierten Parteien vor dem Senat abgegeben.

In der Debatte im Unterhaus erklärte der Agrarier U r s i n i ausdrücklich:

"Der neue Ministerpräsident - Hodža - sei aktives Mitglied der Regierung in der Zeit gewesen, wo das Abkommen mit der Sowjet-Union zustande kam."

Redaktion
und Verwaltung:
Prag XII, Fochova 62
Telegramm-Adresse:
Pragerpresse Prag
Telephone:
61941-44, 53904
Verkaufspreis:
Wochentags: 80
Sonntags: Kč 1.40

Prager Presse

62
Bilder vom Tage

Übergabe des Rein-
landes der
-Lotterie

ski-Prozeß

15. Jahrgang

Donnerstag, den 7. November 1935

Nr. 301

Zustimmung zu Dr. Beneš Kollektivkundgebung der Regierungsparteien

Prag, 6. November. Im Abgeordnetenhaus gab heute nach Beginn der Aussprache über das Außenexposé im Namen und unter dem ostentativen Beifall der Regierungsparteien der Obmann der tschechoslovakischen Sozialdemokraten Abg. Hampel eine Kollektivklärung ab, in welcher die Regierungsparteien ihrer vorbehaltlosen Zustimmung zu dem Exposé des Außenministers und zur tschechoslovakischen Außenpolitik Ausdruck geben. Abg. Hampel führte aus:

Im Namen der koalitierten Parteien des Abgeordnetenhauses habe ich die Ehre, zu erklären, daß die erste internationale Situation die Koalitionsparteien dazu veranlaßt, zum Außenexposé in einer gemeinsamen Erklärung Stellung zu nehmen, die einheitliche Staatspolitik des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit zu betonen, die Politik guten Willens gegenüber den Nachbarn und die Völkerbundpolitik zu unterstützen, welche unsere Regierung durchführt und die sich alle Regierungsparteien solidarisch zu eigen machen. Wir sind uns der Gefahr der heutigen internationalen Schwierigkeiten bewußt, übertreiben diese Gefahr nicht, schließen aber auch vor ihr nicht die Augen. Wir wissen, daß man den Frieden verteidigen

besonders so weit sie die Anwendung des Völkerbundespaktes auf eventuelle neue Konflikte betrifft. Es ist sicher imponierend, wenn — abgesehen davon, daß es sich um diesen oder jenen Staat handelt, mit dem wir in guten freundschaftlichen Beziehungen sind und auch weiterhin sein wollen — die heutige Genfer Institution es versteht, fünfzig Staaten aus allen Weltteilen zu gemeinsamer Friedensarbeit zu versammeln. Das ist sicher für die Zukunft ein eruster Wink

in bezug auf jede Verletzung des Friedens, insbesondere auf dem europäischen Kontinent. Das Ziel unserer Politik muß darin liegen, daß sie in Zusammenarbeit mit den Großmächten und den übrigen Staaten diese Präzedenzen sowie die britisch-französische Zusammenarbeit als neue Garantien des Friedens und als den Weg bewahren will, auf dem wir, wie wir hoffen, aus allen heutigen internationalen Schwierigkeiten herauskommen.

Wir wollen heute nicht die Einzelheiten der Völkerbundpolitik durchnehmen. Es scheint uns, daß der Außenminister richtig gezeigt hat, wie notwendig es ist, real auch diese Politik zu sehen, und weder in einem noch in anderem Sinne über das Ziel zu schließen. Deshalb erklären wir uns mit der

Funktion und der Mission des Völkerbundes in unserer Außenpolitik einverstanden, wie das der Minister angedeutet hat. Wir anerkennen seine moralische Mission und die praktischen politischen Aufgaben und sehen es als richtig und notwendig an, diese Politik mit dem Vertragssystem über die gegenwärtige Hilfe und mit der eigenen militärischen Verteidigung zu kombinieren.

Unsere ganze politische Öffentlichkeit hat unser

Abkommen mit der Sowjetunion

richtig eingeschätzt und ich schließe mich im Namen der Koalitionsparteien dieser Würdigung an. Es ist das eine Zusammenarbeit für den Frieden, eine Zusammenarbeit für das gegenseitige wirtschaftliche Aufblühen und insbesondere eine Zusammenarbeit, die in Zukunft reiche Früchte tragen kann.

Wir bedauern aufrichtig die heutigen Beziehungen zu Polen, sehen diese ganze Spannung für überflüssig an und verstehen nicht ihre eigentlichen Ziele. Wir sind überzeugt, daß wir uns bald verständigen würden, wenn das aufrichtige Bestreben da wäre, sich zu verständigen. Bei uns war und ist dieses Bestreben stets vorhanden.

Regierungserklärung Dr. Hodžas

Unveränderte Uebernahme des Programms Malypets

wissen, daß man den Frieden verteidigen muß.

Aus dem Exposé geht hervor, daß unser Staat und seine Politik mit allen unseren Freunden dieser Friedensaufgabe ergeben nachkommt. Wir sind mit dem Standpunkt unserer Regierung zum italienisch-abessinischen Konflikt einverstanden. Die Interessen, die hier aufeinandertreffen, liegen uns fern, tangieren nicht unsere Interessen und deshalb sprechen wir nicht vom Meritum des Konfliktes. Aber jeder Krieg, auch wenn er sich auf dem anderen Weltpol abspielt, ist heute eine Gefahr für den Frieden. Deshalb sehen wir ungern diesen Konflikt und hegen den aufrichtigen Wunsch, er möge ehestens zum Abschluß kommen.

Unserer ganzen Öffentlichkeit war es von Anbeginn an klar, daß wir uns nicht von der kolossalen Mehrheit der Welt trennen können und daß wir unseren Verpflichtungen nachkommen werden und müssen, welche aus unserer Mitgliedschaft im Völkerbund resultieren. Wir haben dafür nicht bloß moralische Motive, das ist das Bewußtsein, daß wir uns nicht gegen unsere unterschriebenen Verpflichtungen versündigen können, die aus dem Völkerbundpakt resultieren, wir haben dafür auch praktische Motive, weil wir der Ansicht sind, daß man im Wege der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität diesen Konflikt am leichtesten beheben kann, ohne daß er sich nach Europa überträgt. Wir sind mit dem Außenminister einverstanden, der unsere guten Beziehungen

Unveränderte Uebernahme des Programms Malypetr

63

Prag, 6. November. Der neue, gestern vom Präsidenten der Republik ernannte Ministerpräsident Dr. Hodža stellte sich heute an der Spitze der Regierung dem Abgeordnetenhaus und Senat, von den Koalitionsparteien durch herzliche Beifallskundgebungen begrüßt, mit einer kurzgefaßten Regierungserklärung vor. Der Ministerpräsident wurde, nachdem er in der Ministerbank Platz genommen hatte, vom Außenminister Dr. Beneš und den Mitgliedern der Regierung durch herzlichen Händedruck zu seiner Ernennung beglückwünscht. Dr. Hodža trat unter allgemeiner Spannung des Hauses die Rednertribüne, um seine Erklärung abzugeben. Sie gipfelt in der Feststellung, daß die in ihrer Leitung rekonstruierte Regierung auf dem Boden des Arbeitsprogrammes steht, das am 18. Juni der zurückgetretene Ministerpräsident Malypetr dem Hause bekanntgegeben hat.

Die Kundgebung des Ministerpräsidenten wurde durch keinen Zwischenruf unterbrochen. Die Regierungsparteien beantworteten sie mit neuem, langandauerndem Beifall.

Ministerpräsident Dr. Milan Hodža gab folgende Regierungserklärung ab:

„Hohes Haus!

Durch die Entscheidung des Präsidenten der Republik vom 5. November an die Spitze der Regierung gestellt, komme ich zu

Ihnen, meine Damen und Herren, um im Namen der Regierung und in meinem Namen um die Unterstützung zu bitten, welche die verfassungsmäßige Voraussetzung und die Quelle der vollziehenden Gewalt im Staate ist. Mit Rücksicht darauf, daß die Regierung keine Demission gegeben hat, und daß die innere Kontinuität weiter besteht, ist es selbstverständlich, daß die Regierung auch mit ihrem neuen Vorsitzenden in der Durchführung des Programms fortfahren wird, das in der Regierungserklärung vom 18. Juni enthalten ist. Die Regierung wird in voller Übereinstimmung mit den bisherigen bewährten Grundsätzen unserer Innen- und Außenpolitik fortfahren. Ueber die kommenden Aufgaben unserer Gesetzgebung und unserer Staatsverwaltung werde ich das Aktionsprogramm der Regierung in einer detaillierten Darstellung anlässlich der Budgetdebatte bekanntgeben.

Wir kennen unsere Probleme und fürchten sie nicht. Wir fühlen uns genügend einig und stark, um an ihrer Lösung weiter zu arbeiten in voller Uebereinstimmung und in fester Entschlossenheit, die politische und wirtschaftliche Konsolidierung im Innern durchzuführen und die Stellung der Tschechoslowakei unter den Völkern zu verteidigen.

von ihm den Vorsitz und die Leitung der Sitzung.

Der neugewählte Vorsitzende des Abgeordnetenhauses Jan Malypetr dankte zunächst für das ihm durch die Wahl erwiesene Vertrauen und fuhr dann fort:

„Die erste Zeit legt uns in erhöhtem Maß Pflichten auf, uns mit allen Mitteln für die Erhaltung der Freiheit, des Rechtes und der Gerechtigkeit, für die Demokratie einzusetzen. Wir überschätzen nicht, daß die parlamentarische Demokratie um so komplizierter wird, je konsequenter sie durchgeführt ist. Da bei uns das System der proportionalen Vertretung den breitesten Schichten der Bevölkerung die Möglichkeit gibt, durch Männer ihres Vertrauens ihre Interessen vertreten zu lassen, so ergibt sich daraus, daß nur die Zusammenarbeit einer größeren Zahl von Parteigruppen eine parlamentarische Mehrheit schaffen kann. Dies hat aber wieder den Vorteil, daß dadurch die Vertretung der Interessen der einzelnen Schichten der Bevölkerung besser gewährleistet wird.

Unter diesen Umständen wird die Arbeit der gesetzgebenden Körperschaften und der Regierung kompliziert und schwierig. So ist es notwendig, eine gute Organisation dieser Arbeit auszubauen und sich vor allem gegen die Demagogie zu wenden, die einer der größten Schädlinge der Demokratie ist.

69

Es ist unrichtig, dass sich B e r a n seit 1936 "stets" für eine Verständigung der Tschechen mit den Deutschen eingesetzt habe". (Anlage Nr.A-1, A-2)

Ebenso unrichtig ist die Behauptung, er sei "für die Teilnahme der Sudetendeutschen Partei an der Regierung eingetreten."

Es ist richtig, dass ihm von seinen Parteigegnern Deutschfreundlichkeit vorgeworfen wurde. Beran hat sich jedoch immer durch entsprechende Dementis gegen den Verdacht der Deutschfreundlichkeit verwahrt. (Anlage A-3)



01500

A.3

65

BRAGER PRESSE. 18. Jahrgang, Nr. 19, S. 3.

20. Januar 1938.

" Das Präsidium der Republikanischen Partei hielt heute seine erste Sitzung nach den politischen Neujahrsferien ab. Gegenstand der Aussprache waren die innerpolitischen Vorfälle der letzten Wochen und ihr Reflex in der Koalitionspresse."

" Die verantwortlichen Faktoren der Republikanischen Partei halten nach wie vor in der Innenpolitik an der von Švehla aufgestellten Linie einer konstruktiven und initiativen Zusammenarbeit mit den Sozialisten und an der demokratischen Ideologie des landwirtschaftlichen Volkes fest. Die Partei ist weit davon entfernt, an den Grundlagen der Zusammenarbeit mit den übrigen Koalitionsparteien zu rühren und an eine Zusammenarbeit mit Parteien einer ~~ner~~ anderen als dieser Grundhaltung zu denken. Infolgedessen gehören auch die Behauptungen von dem Willen einer Zusammenarbeit mit der Sudetendeutschen Partei in der Regierung in das Reich der Fabel."

88110

Abteilung I
I - 0160

Prag, den 20. Juli 1944

68

Ministeramt

Empf: 22 JULI 1944

An den Chef des Ministeramts.

Bei meinem heutigen Vortrag beim Herrn Staatsminister wurden folgende Entscheidungen getroffen:

- 7.) Der Vorsitzende der Regierung, Dr. Krejčí, könnte event. im Nostiz-Palais auf der Kleinseite untergebracht werden. Der Herr Staatsminister bittet um schriftlichen Vorlagebericht unter Beigabe genauer Unterlagen.

3 Anlagen.

H. K.

I 8-9/44

60!

68a

11/12

Loc. and 7. 10. 1944 bei dem

Verlag in dem 1.10.44

Wiedervorgelegt am 1.9.44

h

7/ 8. 44

58110



161191

als auch der auftrag

h

241 77 44

Parische Absage Henlein

A 170

Angenommen kommt nicht in Betracht.

Am 1. Mai der soeben erschienenen
Main: der von der tschechi-
agrar Gesellschaft in Prag
ausgegeben Monatschrift „Bráz-
da“, welche Aufsatz des amtierenden
Vizepräsidenten der republikanischen Partei
Abg. Bera n einleitet, lesen wir:

„Die Geschichte der „Heimatfront“ in der
Vorwahlzeit bleibt stets eines der interessan-
testen Momente der zeitgenössischen Ge-
schichte, denn sie hat allen urteilsfähigen Be-
obachtern einen interessanten Einblick so-
wohl in den deutschen, als auch in den tsche-
chischen Nationalcharakter geboten. Von
deutscher Seite hat es sich gezeigt, wie trotz
der reichen ideellen Schichtung des XIX.
Jahrhunderts der Deutsche, wenigstens den
Slaven gegenüber, stets dem Wesen nach der
trübselige Deutsche bleibt, wie wir ihn aus
der Geschichte kennen: ein selbstbewußter,
aufrechter, ganz von sich selbst eingenom-
mener Typus, bereit, sich zu unterwerfen und
seinem Führer im Namen eines Gedankens zu
gehörchen, an den er mit geradezu religiösem
Fanatismus glaubt. Der Slave hingegen stets
durch ähnliche „geistige“ Bewegungen im
deutschen Volke beunruhigt und aus dem
Gleichgewicht gebracht, mag man diese Be-
wegungen nun Reformation, Aufklärung, Ro-
mantismus, Sozialismus oder in der letzten
Zeit Hakenkreuzertum genannt haben. Es
gehört stets zu unserer Tradition, daß wir
stets früher oder später von jedem Massen-
entflammen der deutschen Seele mitbetroffen
sind.

Henleins Partei wird zu den Wahlen gehen.
Lager hatten wir unzählige Male
nachzulesen, daß daran die größte
tschechoslovakische Partei „schuld“ ist, die
sich mit Henlein als einem möglichen
Partner nach den Wahlen in einer
Koalition ohne Sozialisten rechnet. Die Frage,
warum man „schuld“ war, daß man an dem
demokratischen Grundsatz auch nicht-
demokratischen Gesellschafts-
gruppen gegenüber festgehalten
hat, die sich, wie festzustellen ist, nicht bloß
auf den Rechten, sondern auch auf der Lin-
ken (Kommunisten), ist heute eigentlich bereits eine
historische Frage, und uns, die wir ungern
Gewaltmethoden in der Politik, sei es nun
gegen die Kommunisten oder die Faschisten
als Hakenkreuzler, Zuflucht nehmen und
auf Bauernweise in erster Reihe an die
tschechische Macht der Zeit glauben, interes-
siert eher der Umstand, was wir mit der
deutschen politischen Partei und
Ideologie nach den Wahlen anfangen
werden.

Wir zweifeln nicht daran, daß die sudeten-
deutsche Partei — Vorsitzender Konrad Hen-
lein, aus den Wahlen als mächtige politische
Partei hervorgehen wird und daß sie sich in
irgendeiner Weise bemühen wird, die Ver-
sprechungen an ihre politischen Anhänger
einzuhalten. Sie wird dabei nach allem zu
verschiedenartigen Kompromissen bereit sein — das erste davon ist
bestimmlich die durchgeführte N. mens ände-
rung der Partei — und wenn wir den ver-
schiedenen Erklärungen ihres Führers Glau-
ben schenken können, wird sie bereit sein,
aktive Politik zu machen und die Mitverant-
wortung für die Leitung des Staates zu
übernehmen.

Es interessiert uns nicht so sehr die
Legitimität der Mandate der Henlein-
Partei. Wir hören zwar ihre Kundgebungen
über das positive Verhältnis zu diesem
Land. Wir sind aber mißtrauisch
und glauben vorläufig nicht
daran, daß das ehrlich gemeint
ist, daß ihre Anhänger diese
Behauptung aufrichtig teilen. Trotz
aller positiven Versicherungen vom guten
Willen und von Loyalität besitzen wir aus
den Wahlversammlungen und den Arbeits-
methoden der Heimatfront untrügliche Be-
weise dafür, daß das Herz der Hei-
matfront nicht in der Republik
ist und daß es nicht von Beispielen der
zentraleuropäischen und auch keiner anderen
Demokratie inspiriert ist, sondern von etwas
andrem, das allgemein gut bekannt ist. Die
Heimatfront ist und bleibt auch nach den
Wahlen ein Fremdkörper in der
tschechoslovakischen Demokratie.

kraftig und ohne Rücksicht auf die Zahl
ihrer Mandate ist ihre Teilnahme an der
nächsten Regierung wegen dieses ihres Cha-
rakters nicht wünschenswert.

Wie oft haben wir schon darauf hingewie-
sen, daß der Deutsche nur selbstbewußte und
auf ihre eigene Abstammung und Nation
stolze Menschen zu schätzen weiß. Es gab
Zeiten, wo uns dieser Stolz und dieses Selbst-
bewußtsein abging und deshalb haben wir uns
auch mit den Deutschen in solchen Zeiten
nicht verstanden.

Wir würden aber wünschen, die junge
deutsche Generation — welche den Kader
der „Heimatfront“ bildet — möge sich den
Umstand zu Bewußtsein bringen, daß ihr
Partner auf tschechischer Seite eine stolze
und selbstbewußte Nation ist, die bevorzugte
Verdienste um die Existenz dieses Staates
hat und die diesen Staat in einem bestimm-
ten Geist gegründet, geleitet und verwaltet
hat und nicht im geringsten die Absicht hat,
von den Grundsätzen etwas nachzulassen,
nach welchen sich ihre führenden Männer dabe-
gerichtet haben. Dieser Stolz auf
die tschechoslovakische Demok-
ratie, den revolutionären Erben der alten
feudalen Ordnungen und den ideellen Haupt-
träger der neuen zentraleuropäischen politi-
schen und sozialen Ordnung, hindert uns
daran, ohne hinreichende Garantie, welche
nur eine Reihe von Jahren schöpferischer
Arbeit bieten kann, eine Partei als gleich-
wertigen Partner und als Mitarbeiter zu
akzeptieren, die nichts anderes ist als ein
Abglanz und eine Kopie der ge-
stärzten deutschen Demokrati-
e. Henlein verlangt Loyalität von tsche-
chischer Seite. Er hat sie vor den Wahlen
erhalten und er wird sie sicher auch nach den
Wahlen bekommen, solange sich seine Partei
den Gesetzen der Republik unterordnen wird.
Aber der Widerstand gegen die Ideologie
seiner Bewegung, welchen hinreichend alle
führenden tschechoslovakischen Parteien
zum Ausdruck gebracht haben, ist keines-
wegs geringer als der Widerstand gegen den
Kommunismus, mit dem das Hakenkreuz
nicht bloß einen gemeinsamen Zug hat.

Wir schauen in die Zukunft nicht im Zei-
chen eines tschechisch-deutschen Kampfes.
Wir werden uns nach unseren demokrati-
schen Grundsätzen richten, ohne Rücksicht
darauf, ob die Deutschen in der Regierung
oder in der Opposition stehen.

Aber es ist notwendig, daß wir in Henlein
in erster Reihe keineswegs einen Deutschen
sehen, sondern den Vertreter roher und ver-
abscheuungswürdiger Doktrinen, die wir ab-
lehnen, in welcher Sprache sie auch immer
vorgebracht werden. Die nächsten Jahre
werden zeigen, ob der Geist des Dritten Rei-
ches vor dem europäischen Gewissen mit sei-
nen gegenwärtigen Methoden und Zielen be-
stehen wird. Inzwischen wäre es am Platze,
seiner geistigen Verbündeten nicht die höch-
ste und ehrenvollste Anerkennung zu gewäh-
ren, die ein demokratischer Staat einem ge-
gebenen Kollektivum anbieten kann — die
aktive Teilnahme an der Regierung.“



1935

Prager Presse
18. Mai 1935 1834

A/2 41

Schlüssen für Demokratie

Abg. Beran: Henleins Führerprinzip unannehmbar

Paris, 30. Juli. „Le Petit Journal“ veröffentlicht eine Unterredung seiner Korrespondentin Nella Pavlova mit dem Vorsitzenden der tschechoslovakischen Republikanischen Partei Beran, in der dieser vor allem energisch die Gerüchte widerlegt, wonach sich in der Agrarpartei seit einiger Zeit Tendenzen äußerten, die angeblich mit dem Hitlerismus sympathisieren.

Solche Behauptungen sind vollkommen nichtig. Unsere Partei ist vor allem demokratisch. Die Demokratie bildet die Grundlage der Nation und des Staates. Wir sind der großen historischen Tradition treu, die seit der Epoche des Hussitismus datiert, der eine demokratische Bewegung war. Bei uns gibt es keine Monarchisten, keinen Prätendenten, keine Aristokratie. Unser Staat wurde als eine Demokratie gegründet, er wird demokratisch bleiben. In bezug auf diesen Standpunkt gibt es bei uns keine Meinungsverschiedenheiten. Im Grunde ist unser Volk aus Bauern, Arbeitern, Handwerkern und einer gebildeten Intellektuellenschicht zusammengesetzt. Wir werden niemals Unterdrückungsmethoden im Kampfe gegen unsere Gegner zur Anwendung bringen. Wir werden niemanden unterdrücken. Unser Verhältnis zu den Deutschen in der Tschechoslowakei muß in einem reinen Geiste der Gerechtigkeit geregelt werden. Diese Richtlinie werden wir gegenüber allen Deutschen anwenden, das heißt, sowohl gegen jene, die den demokratischen Parteien angehören, wie z. B. der Bund der Landwirte, der uns als Partei am nächsten steht, den deutschen Sozialdemokraten und anderen, als auch gegenüber jenen, die unter der Flagge Henleins kämpfen sind. Die Henlein-Partei ist ein Zersplitterungsprodukt. Sie wurde durch die augenblickliche Lage geschaffen. Gewiß, wir unterscheiden sehr genau zwischen dem eigentlichen Deutschland und der Sude-



Abg. RUDOLF BERAN

ten Partei bei uns. Gewiß, es ist unübersehbar, daß die politischen Ereignisse der letzten Jahre in Deutschland zur Schaffung der Henlein-Partei beigetragen haben. Wir werden niemals einen „Führer“ anerkennen. Wir wollen gerecht gegen alle Deutschen sein. Es muß jedoch festgestellt werden, daß diese Partei ein wenig organisches Konglomerat von disparatesten Elementen darstellt. Ich bin sicher, daß es auch in dieser Partei Deutsche gibt, deren Loyalität gegenüber der Tschechoslowakei indiskutabel ist. Es gibt dort jedoch auch zahlreiche Elemente, die man bekämpfen muß. Wir werden nicht zulassen, daß jemand unseren Staat zu desorganisieren versucht. Henleins jüngste Reden sind von derselben Art wie seine früheren. Sie sind mit Vorsicht redigiert und mit doppeldeutigen Worten und Phrasen durchsetzt. Tatsache ist, daß Henlein das Führerprinzip verteidigt. Es ist selbstverständlich, daß unser demokratischer Staat eine solche Konzeption absolut nicht annehmen kann. Wir unterscheiden zwischen Henlein und Deutschland. Damit will ich sagen, daß das, was in Deutschland geschieht, uns nicht betrifft. Wir wollen korrekte und loyale Beziehungen. Wir besitzen mit Deutschland wichtige wirtschaftliche Beziehungen, die wir entwickeln wollen. Es ist die Sache Deutschlands, sein inneres Leben so zu regeln, wie es will. Aber ich wiederhole, bei uns lassen wir keinen Führer zu.

Was unsere Außenpolitik betrifft, so gibt es bei uns eine vollkommene und absolute Einmütigkeit. Wir bleiben ebenso der Kleinen Entente wie Frankreich und den großen Verbündeten treu. Diese Treue ist für uns ein Axiom. Sie bedeutet die Stabilität und Unbeugsamkeit unserer Außenpolitik. Auf diesem Gebiete ist der Präsident der Republik, der Außenminister, der Ministerpräsident und unsere Partei vollkommen solidarisch. Es ist sicher, daß unsere Alliierten in der Kleinen Entente und Frankreich über alles, was wir beschließen, informiert sind und informiert sein werden und nichts wird ohne eine vorherige Verständigung mit ihnen getan werden.

Es werden phantastische Gerüchte verbreitet, z. B. daß es bei uns Meinungsverschiedenheiten gibt in der Einstellung gegenüber der Henlein-Partei o. ä. Nicht nur, daß es bei uns keine Meinungsverschiedenheiten gibt, es herrscht vielmehr eine vollkommene Harmonie. Ich werde Sonntag auf einer Volksversammlung neben unserem Ministerpräsidenten Hodža das Wort ergreifen, und ich werde den Beweis unserer absoluten Übereinstimmung erbringen.

Ich sagte, daß wir gerecht sein wollen, aber daß wir nie erlauben werden, daß irgend jemand unseren Staat desorganisiert. Das ist der Standpunkt unseres Ministerpräsidenten Hodža, des Innenministers Černý, des Herrn Stoupal, das ist meine Ansicht, mit einem Worte die Ansicht der ganzen Partei.

Zum Schluß der Unterredung betonte Abg. Beran den Umstand, daß im Programm der Partei und der Regierung der Tschechoslowakei die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Kleinen Entente als praktisches Ziel und zur Ergänzung der treuen politischen Zusammenarbeit enthalten sei.

Regier. Ruhe
28/8/1936 110-208